

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M.  
(davon 87 Pf. monatlich für Zustel-  
lung ins Haus) im voraus zahlbar.  
Postbezug 2,97 M. einschließlich 60 Pf.  
Postgebühren und 72 Pf. Postbestel-  
gebühren. Auslandabonnemente 6,65 M.  
pro Monat; für Länder mit ermäßig-  
tem Druckschickensporto 4,65 M.

Bei Ausfall der Lieferung wegen  
höherer Gewalt besteht kein Anspruch  
der Abonnenten auf Ersatz.

Erfcheinungsweise und Anzeigenpreise  
siehe am Schluß des redaktionellen  
Teils.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sonnabend  
20. August 1932  
Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.



Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 57 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und  
Beamten, Lindenstr. 3, Dt. S. u. Disk.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 65/66.

# Sozialistischer Aufbau

## Unsere Forderungen im neuen Reichstag

Das Versagen der kapitalistischen Wirtschaft hat in Deutschland so unnenndbares Krisenelend ange-  
richtet, die untauglichen Versuche untauglicher Regierungen  
haben durch Notverordnungen das Massenelend so verschärft,  
die Krisenheilung mit privatkapitalistischen Methoden hat sich  
als so unzugänglich erwiesen, daß die organisierte Arbeiter-  
schaft von sich aus nicht nur schärfste Maßnahmen zur Mil-  
derung des Elends, sondern auch grundsätzliche Umbaugesetze  
für die deutsche Wirtschaft fordern muß. Die kommende  
Reichstagstagung wird die Sozialdemokratische  
Partei in der vordersten Front des Wirtschaftskampfes  
sehen.

Gegenüber der Regierung der Barone gibt es keinerlei  
Möglichkeit des Vertrauens. Die Notverordnung vom  
14. Juni war so maßlos ungerecht und widersinnig, daß sie  
fallen muß. Das wird die erste Forderung der Sozial-  
demokratie sein. Deshalb wird die Sozialdemokratie die

### Wiedererhöhung der sozialen Leistungen

auf dem gesamten Unterstützungsgebiet mindestens und zu-  
nächst auf den Stand vor dem 14. Juni verlangen. Es muß  
aber auch an den kommenden Winter gedacht werden. Auch  
im kommenden Winter müssen Kartoffeln und  
Kohlen den Arbeitslosen kostenlos zur Verfü-  
gung gestellt, das Fleisch muß für sie verbilligt werden.

Ganze Arbeit werden sozialdemokratische Anträge in der  
Frage der Arbeitsbeschaffung und der Verkürzung  
der Arbeitszeit gegenüber dem zögernden und schwäch-  
lichen Tun der jetzigen Reichsregierung verlangen. Die

### Öffentliche planmäßige Arbeitsbeschaffung

soll durch Bereitstellung von Arbeiten im Werte von einer  
Milliarde Mark energisch und mit größter Beschleunig-  
ung gefördert werden. Zu den öffentlichen Arbeiten müssen  
die Hausreparaturen, die Förderung der Siedlung, die  
kollektive Selbsthilfe der Arbeitslosen und zuletzt aber nicht  
am wenigsten die so dringend notwendige Schulung der Ju-  
gendlichen hinzutreten. 300 Millionen will die Papen-Regierung  
beschaffen. Für 500 Millionen Mark verlangt die Sozial-  
demokratie die Auslegung einer Prämien- bzw.  
Zwangsanleihe; weitere 200 Millionen Mark können  
aus den ersparten Unterstützungen genommen werden.

Der Kampf um die Verkürzung der Arbeits-  
zeit wird mit neuer Wucht vorgetragen werden, nachdem  
Wissenschaftler und Praktiker in aller Welt immer rücksichts-  
loser die Arbeitszeitverkürzung einfach als wirtschaftliche und  
technische Notwendigkeit erklären. Der Widerstand der  
Unternehmer muß gebrochen werden.

Auch rein wirtschaftspolitisch gilt es durch die Gesetzes-  
anträge schon laufendem und noch kommendem Unheil vor-  
zubeugen. Mit der Verteuerung und der Verschlechterung der  
Volksernährung durch einseitige Begünstigung des  
Junkeriums muß ein Ende gemacht werden. Es darf nicht  
weiter beliebig viel neue Arbeitslosigkeit erzeugt werden, nur  
weil die Junker in kurzfristigem Egoismus sich der Er-  
nährungsautarkie verschrieben haben. Das soziale Elend der  
arbeitslosen Massen, die Untragbarkeit der Mietten  
bei den heutigen Elendslagen der Unterstützung, verlangen  
gebietend öffentliche Mietbeihilfen sowohl bei Alt-  
wohnungen als auch bei den besonders teuren Neubau-  
wohnungen.

Hugenbergs unsinnigen allgemeinen Schuldenabwer-  
tungsplänen, die nur eine Beraubung der Sparer mit sich  
bringen, muß entgegengewirkt werden. Nur, wo wirklich  
gutwirtschaftende Betriebe ohne eigene Schuld  
in Not gekommen sind, darf der Staat seine Hilfe leihen.  
Das soll nach wohlwolligen sozialdemokratischen Auf-  
fassungen durch die

### Errichtung eines Schuldeneinigungsamtes

sichergestellt werden, vor dem jeder einzelne Fall nach Recht  
und Billigkeit zu behandeln ist. Endlich aber muß auch den

Pächtern auf dem Lande geholfen werden. Die  
Sozialdemokratie wird verlangen, daß vom 1. Oktober ab  
sämtliche landwirtschaftlichen und gärtnerischen Pächten um  
30 Proz., mindestens aber auf die Höhe der Vorkriegspächten  
gesenkt werden. Endlich muß der Rechtsschutz der Pächter  
verbessert werden.

Das sind in sozialdemokratischen Gesetzesanträgen dem  
Reichstag vorzulegende dringliche Tagesaufgaben.  
Die Liste solcher Gesetzesanträge ist noch nicht abgeschlossen.  
Es wird noch viel mehr geschehen müssen, um die Krisennot  
zu lindern und die herrschenden Mißstände bis zur Wieder-  
kehr besserer wirtschaftlicher Verhältnisse zu überwinden. Die  
Sozialdemokratie wird aber auch die finanzielle Deckungs-  
frage nicht vergessen. Sie fordert Notsteuern zur  
Sicherung der sozialen Leistungen und zur Mil-  
derung des größten Elends. Die hohen Einkommen und die  
hohen Vermögen müssen ebenso erfaßt werden wie der  
Lugus. Die Offenlegung der Steuerlisten muß die  
Steuerhosen überwinden helfen. Die Verschärfung bei der  
Steuererhebung und Steuererhebung muß das Steuer-  
aufkommen erhöhen. Aus der längst notwendigen Schaffung  
von Staatsmonopolen (Tabak, Öl und Branntwein)  
müssen dem Reich neue Einnahmen zugeführt werden. End-  
lich müssen die nur auf formales Recht und keinerlei Ver-  
dienst gegründeten

### Fürstenabfindungen wieder gestrichen.

ihre Grundbesitz zugunsten der Kriegsoffer enteignet und die  
Gehälter und Pensionen grundsätzlich auf höchstens

12 000 M. herabgesetzt werden. Geschieht das, so werden dem  
Reich ausreichende Mittel zur Verfügung stehen, um die sozial-  
demokratischen Anträge auch praktisch durchzuführen.

Neben diesen Tagesaufgaben wird die Sozialdemokratie  
durch fünf besondere Gesetzesanträge aber auch den grund-  
sätzlichen Umbau von der kapitalistischen Anarchie zur  
Planwirtschaft vorwärts treiben. Es muß die Verstaat-  
lichung der Schwerindustrie und der übrigen monopolistischen  
Industrien, einschließlich der Zementindustrie, durchgeführt  
werden. Die gesamte Kreditwirtschaft wird zur

### Planvollen Lenkung der Kapitalverwendung

der staatlichen Aufsicht unterstellt, sämtliche Groß-  
banken müssen verstaatlicht werden. Ein Kartell-  
und Monopolamt muß die Kontrolle und die planmäßige  
Bewirtschaftung aller Schlüsselindustrien sicherstellen. Mit  
der Enteignung des Großgrundbesitzes muß  
der Krisenherd im agrarischen Osten ausgebrannt und die  
materielle Basis der reaktionären Junkerherrschaft in Deutsch-  
land beseitigt werden.

Es ist in Deutschland keine Zeit mehr, die Not weiter  
wachsen, die Wirtschaft weiter verfallen und die junker-  
lichen und schwerindustriellen „Wirtschaftsführer“ als Staat  
im Staate weiter herrschen zu lassen. Um der Wohlfahrt  
des Volkes willen, die der einzige Sinn alles  
Regierens zu sein hat, müssen wir vorwärts zu einer neuen  
Wirtschaftsordnung, müssen wir vorwärts zu einer demo-  
kratischen, wirklich nur dem Wohl des Volkes gewidmeten  
Wirtschaftsordnung, müssen wir vorwärts zu einer wirklich  
nur dem Wohl des Volkes gewidmeten Wirtschaft!

# Mißtrauen gegen Baronsregierung

## Die Anträge der Sozialdemokratie

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am  
Freitag eine Reihe von Anträgen und Gesetzent-  
würfen beschlossen. Sie stellen ein umfassendes  
Programm zum Umbau der Wirtschaft, zur  
Überwindung der Wirtschaftskrise und zur  
Sicherung der Existenz der notleidenden  
Schichten dar. Wir geben heute zunächst den Wortlaut  
eines Teils dieser Anträge wieder und behalten uns wei-  
tere Veröffentlichungen vor.

### Der Mißtrauensantrag.

Der Reichstag wolle beschließen:  
Der Reichstag entzieht der Reichsregierung  
das Vertrauen.

### Aufhebung der Papen-Verordnungen.

„Der Reichstag wolle beschließen:  
die Notverordnungen  
1) vom 14. 6. 32 über Maßnahmen zur Erhaltung  
der Arbeitslosenhilfe usw.,  
2) vom 14. 6. 32 gegen politische Ausschreitungen,  
3) vom 14. 6. 32 über Maßnahmen auf dem Gebiete  
der Rechtspflege und Verwaltung,  
4) vom 28. 6. 32 gegen politische Ausschreitungen,  
5) vom 20. 7. 32 betr. Einziehung eines Reichskom-  
missars für das Land Preußen sind außer Kraft zu  
setzen.“

### Anträge zur Planwirtschaft.

1. Entwurf eines Gesetzes über den Umbau der  
Wirtschaft.

§ 1.  
Um die Befreiung aus der Not der kapitalistischen Wirtschafts-  
ordnung und den Übergang von der planlosen Gewinn-

wirtschaft zur planmäßigen Gemeinwirtschaft an-  
zubahnen, werden folgende Umbaumaßnahmen durchgeführt:

- § 2.  
Der Umbau der Wirtschaft erstreckt sich auf  
1) die Vereinheitlichung der öffentlichen Wirtschaft,  
2) die Schaffung einer Planstelle (§ 3),  
3) die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und der subven-  
tionierten Unternehmungen auf Grund des Gesetzes vom . . . . .  
4) die Verstaatlichung der Großbanken und die Schaffung  
eines Bankenamts auf Grund des Gesetzes vom . . . . .  
5) die Schaffung eines Kartell- und Monopolamts auf Grund  
des Gesetzes vom . . . . .  
6) die Schaffung und den Umbau von Staatsmonopolen gemäß  
dem Gesetz vom . . . . .  
7) die Enteignung des Großgrundbesitzes auf Grund des Ge-  
setzes vom . . . . .

§ 3.  
Die Planstelle hat die Aufgabe:  
1) in Gemeinschaft mit dem Banknamt und dem Kartell- und  
Monopolamt auf ein planmäßiges Zusammenarbeiten aller Glieder  
der Volkswirtschaft hinzuwirken.  
2) die einheitliche Führung der öffentlichen Wirtschaft zu  
sichern.  
3) die Verstaatlichung weiterer Wirtschaftszweige vorzubereiten,  
4) alle sonstigen Maßnahmen zu fördern, die dem Umbau der  
Wirtschaft dienen.

§ 4.  
Bei dem Umbau der Wirtschaft, bei der Zusammenfassung  
aller öffentlichen Einrichtungen und bei der Führung der verstaat-  
lichten Wirtschaftszweige sind die Arbeitnehmer angemessen  
zu beteiligen.

### 2. Entwurf eines Gesetzes über die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und der subventionierten Unternehmungen.

- § 1.  
Die Schlüsselindustrien und die aus öffentlichen Mitteln sub-  
ventionierten Unternehmungen sind zu verstaatlichen.  
§ 2.  
(1) Die Verstaatlichung hat insbesondere zu umfassen alle pri-  
vaten Unternehmungen



des Bergbaues, der Eisenindustrie, der sonstigen Metallgewinnung, der Grobchemie, der Zementindustrie.

(2) Die Verstaatlichung hat sich auf alle Nebenbetriebe sowie auf die Bewertung von Altmetall zu erstrecken.

(1) Die Entschädigung erfolgt nach der tatsächlichen Ausnutzung der Anlagen in den Geschäftsjahren 1929 bis 1931, höchstens jedoch zu den Börsenkursen vom 1. Juli 1932.

(2) Auf die Entschädigung werden Steuerschulden, bisher gewährte Subventionen und sonstige Forderungen der öffentlichen Hand angerechnet.

### 3. Entwurf eines Gesetzes über Bankenverstaatlichung und Bankenaufsicht.

Das gesamte Bankgewerbe wird der Aufsicht und Führung durch das Reich unterstellt. Zur Durchführung dieser Aufgaben werden

1) die Großbanken verstaatlicht (§ 2),  
2) ein Bankenamt errichtet (§ 5).

Die Verstaatlichung der Großbanken umfasst: Dresdner Bank, Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Commerz- und Privatbank, Berliner Handelsgesellschaft, Allgemeine Deutsche Creditanstalt.

Die verstaatlichten Banken werden unter Mitwirkung des Bankenamts zu einer Deutschen Staatsbank zusammengeschlossen.

Die Entschädigung der Aktionäre der verstaatlichten Banken erfolgt auf der Grundlage der Berliner Börsenkurse der Aktien vom 1. Juli 1932.

Das Bankenamt hat die Führung der öffentlichen und privaten Banken nach einheitlichen Richtlinien zu sichern. Zweck dieser Bankpolitik ist die Lenkung des Kapitals im Interesse der Gesamtwirtschaft.

Das Bankenamt hat Vorschläge über weitere Verstaatlichung von Banken zu machen.

Innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten dieses Gesetzes gehen die Geschäfte des Reichskommissars für das Bankgewerbe auf das Bankenamt über.

### 4. Entwurf eines Gesetzes über die Enteignung des Großgrundbesitzes.

(1) Um eine Befundung der deutschen Landwirtschaft anzubahnen, wird der private Großgrundbesitz enteignet.

(2) Großgrundbesitz im Sinne dieses Gesetzes ist jeder land- und forstwirtschaftliche Grundbesitz über 200 Hektar. Durch Landesgesetz kann bestimmt werden, daß auch Großgrundbesitz unter 200 Hektar unter dieses Gesetz fällt.

Als Entschädigung wird den enteigneten Großgrundbesitzern eine Rente gewährt, die sich nach der Höhe des in den Jahren 1929 bis 1931 durchschnittlich versteuerten Einkommens aus dem enteigneten Grundbesitz bemißt.

(3) Befähigt der enteignete Großgrundbesitz über hinreichende landwirtschaftliche Kenntnisse, so kann ihm an Stelle der Rente eine Siedlungsstelle überlassen werden.

Der enteignete landwirtschaftliche Grundbesitz ist entweder als Großbetrieb zu erhalten oder an Landarbeiter und Kleinbauern aufzuteilen. Die Wahl der Betriebsform ist so zu treffen, daß die wirtschaftliche Ausnutzung des Grundbesitzes gewährleistet wird.

Wo die Betriebsform des Großbetriebes beibehalten wird, ist der Betrieb in öffentlicher Bewirtschaftung zu übernehmen oder in geeigneten Fällen den Landarbeitern zur genossenschaftlichen Bewirtschaftung in Landarbeiter-Produktionsgenossenschaften zu überlassen.

Im Falle der Aufteilung des Grundbesitzes ist der enteignete landwirtschaftliche Grundbesitz je nach den örtlichen Verhältnissen an landbedürftige Kleinbauern zu verteilen oder zur Errichtung von lebensfähigen Bauernsiedlungen zu verwenden.

Als Siedlungsbewerber sind vornehmlich Landarbeiter zu berücksichtigen.

Der enteignete forstwirtschaftliche Großgrundbesitz ist der öffentlichen Hand zur Bewirtschaftung zu übertragen.

## Johann Schober gestorben.

Der ehemalige Bundeskanzler und langjährige Polizeipräsident von Wien, Dr. Johann Schober, ist im Alter von 58 Jahren nach längerer Krankheit gestorben.

Schober war der Typ des vornehmen, dabei aber einfach-bürgerlichen altösterreichischen Beamten. Im Juni 1918 wurde er k. k. Polizeipräsident von Wien. Die Republik hat ihm dieses Amt gelassen. Das wäre bei dem großen Einfluß der Sozialdemokratie in der Nachkriegszeit nicht geschehen, wenn Schober sich als parteifrei gegen die Arbeiterschaft erwiesen hätte. Das gräßliche Blutbad, das die Polizei am 15. und 16. Juli 1927 anrichtete, hat das Verhältnis der Sozialdemokratie zu Schober zwar sofort ins Gegenteil verkehrt, indes hat sich nachher wieder Schober als Gegenpart des Heimwehrführers Seipel erwiesen — dem er so bald in den Tod folgen mußte — und diese politische Tatsache hat dann auch die Haltung unserer Bruderpartei zu ihm beeinflusst.

Das Gleichgewicht zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien der Christlichsozialen und Großdeutschen führte 1921 zur Bildung eines Beamtentabinetts mit Schober als Kanzler. Nach einem Jahr folgte ihm Seipel und Schober leitete wieder die Wiener Polizei und das Sicherheitswesen im ganzen Staat. Im Sommer 1929 wurde er wieder Regierungschef. Es gelang ihm, wichtige finanzielle Erfolge zu erzielen, so die Vereinigung der Bodencredit- mit der Creditanstalt für Handel und Gewerbe, er konnte auch eine Verfassungsreform durchsetzen, wobei die Sozialdemokratie weniger wichtige Änderungen ermöglichte, um den demokratischen Charakter des Staates zu sichern.

Mit Schobers Kanzlerherrschaft ist auch die Befreiung seines Landes von der — allerdings vollkommen unerfüllbaren — Reparationslast verbunden. Schließlich aber stürzten ihn die Intrigen Seipels, der nun das Heimwehrkabinet Baugoin-Starhemberg etablierte. Nach dessen Sturz durch den sozialdemokratischen Wahlsieg am 9. November 1930 wurde Schober, nun als Parlamentarier und Führer des „Nationalen Blocks“, wieder Kanzler. Die Zollunionsskampagne mißlang freilich, und leither regieren zwar wieder die Christlichsozialen, aber ihr Regime ist gerade jetzt sehr wackelig — und die Großdeutsche Partei Schobers dürfte ihren großen Mann nicht mehr lange überleben.

# Der Mord von Potempa.

## Nationalsozialistische Mörder vor dem Sondergericht.

Beuthen, 19. August. (Eigenbericht.)

Welche Bedeutung die Nationalsozialisten dem Mordprozess in Beuthen beilegen, beweist, daß von den ausgegebenen 40 Pressearten die Hälfte auf Nazi-Pressevertreter entfallen. Auch der Führer der schlesischen SA, Fememörder Heines, ist anwesend.

Bei Fortsetzung des Verhörs erklärt der Angeklagte Kottisch, daß nach längerer Fahrt in dem Dorfe Zworrod noch mehrere Pistolen besorgt wurden. In Potempa angekommen, wo sie bereits erwartet wurden, führte man die Autos ins in die Gastwirtschaft des dortigen SA-Führers Sachmann, der gleichzeitig Gemeindevorsteher ist.

Man bewickelte sie dann mit mehreren Litern Schnaps und Bier, bis sie fast alle betrunken gewesen seien.

Alsdann seien sie von einem ihnen unbekanntem Führer in das Dorf zu einem Gehöft geführt worden. Beim Verlassen dieses Hofes habe man ihnen gesagt, sie sollten ganze und keine halbe Arbeit machen. Der Trupp habe sich dann zunächst an ein Gehöft begeben, wo man ihn aufforderte, zu klopfen und zu schließen. Es sei dann eine Frau am Fenster erschienen. Er habe aber nicht schließen können. Daraufhin hätten sie den Hof verlassen. Eine ihm unbekannt Person habe dann bei dem Betreten des zweiten Hofes erklärt:

„Jetzt muß es aber klappen.“

Man habe hier die Tür offen gefunden, sie seien dann mit mehreren Personen hineingegangen und hätten dort im Lichte der Taschenlampe zwei Betten stehen sehen. In dem einen habe die Mutter Piechuch, in dem anderen die beiden Söhne geschlafen. Als die Mutter gefragt habe, was sie wollten, sei von einem anderen gerufen worden, sie solle still sein, sonst würde sie auch erschossen. Als er dann an das Bett der beiden Brüder herangetreten sei, habe man ihm zugerufen:

„Den Emil, den Diden, den andern nicht.“

Emil Piechuch sei dann aufgesprungen und habe ihm die Decke über den Kopf geworfen. Er sei gestürzt und dann hätten seine Kameraden auf den Emil eingeschlagen. Emil sei dann in die Kammer gesprungen und man habe ihn dann aufgefordert zu schließen. Er habe dann in die Kammer geschossen und gesehen, wie Piechuch zusammengebrochen sei.

Auf die Vorhaltung des Vorstehenden erklärte Kottisch:

„Ich war betrunken, außerdem führte ich ja einen Befehl aus.“

Sie hätten dann gemeinsam die Kammer verlassen und der Führer habe sie zu einem dritten Gehöft geführt. Unterwegs hätte dann der Führer gesagt: „Jetzt seid aber vorsichtig, er ist schwer bewaffnet.“ Als ich mir eine Zigarette anzündete, merkte ich, daß ich an den Händen Blut hatte. (Wie kommt das Blut an die Hände des Angeklagten, wenn er nur aus der Entfernung geschossen und auf Piechuch angeblich nicht eingeschlagen hat? Red. d. „B.“) Daraufhin sagte ich, ich mache nicht mehr mit. Er habe sich dann zum Auto begeben und sie seien dann gemeinsam nach Brosławitz zurückgefahren. Er habe dann bis 10 Uhr vormittags geschlafen. Auf die Frage des Vorstehenden, was er sich denn bei der ganzen Tat gedacht habe, erwiderte Kottisch: „Ich dachte nur an ein Zuredeworden und ein paar Ohrfeigen.“

Als zweiter Angeklagter wird der SS-Mann Böhmigek vernommen. Dieser bekundete, daß sie im SA-Heim Brosławitz eine Woche erzitiert hätten. In den Nachmittagsstunden habe ihm Kottisch gesagt: „Wir fahren heute abend weg, es kommt ein Auto.“ Ich dachte, es würde ein Ueberfall werden. Es kam dann der Befehl, wer keine Waffen hat, bleibt zurück. In Potempa angekommen, wurden wir sehr stark mit Schnaps und Bier bewirtet. Sachmann, der dortige SA-Führer, sagte dann, als wir ins Dorf geführt wurden:

„Halbe Arbeit ist keine ganze Arbeit.“

Wir wurde die Pistole abgenommen, ich bekam einen Gummiknüppel. An dem ersten Hause klopfte einer und erklärte dem dort wohnenden Schwingel: „Florian, du sollst mal heraus kommen.“ Dieser kam aber nicht. Wir gingen dann zu der Wohnung Piechuchs. Wir konnten hier gleich durch das Fenster sehen, wie Emil schwer geprügelt wurde.

Bevor wir das Sachmannsche Lokal verlassen, sagte Sachmann: „Die Telefonleitungen müssen durchgeschnitten werden.“

Als wir von Piechuch zu dem dritten Gehöft gehen wollten, wurde ich von einem Jollbeamtanten verhaftet.

Als dritter Angeklagter wird der SA-Führer Kreupner vernommen. Auf die Frage des Vorstehenden, wie sie aus dem Industriegebiet nach dem Brosławitzer SA-Heim kamen, erklärte Kreupner: „Das Brosławitzer Gut hatte uns angefordert. Am Tatabend glaubte ich zunächst bei der Abfahrt, daß wir wieder für das Gut eine Streife machen sollten.“

Der vierte Angeklagte Müller bestätigt die bisherigen Aussagen im wesentlichen. Bei einer Debatte über das Verhältnis zwischen SS und SA, unternimmt der Verteidiger Quetgebrune einen Vorstoß und

beantragt den Ausschluß der Öffentlichkeit

aus Gründen der Staatsicherheit. Der Antrag wird aber vom Gericht abgelehnt.

Zum Schluß wurde der Angeklagte Paul Sachmann aus Potempa vernommen, der zwar Mitglied der NSDAP ist, aber weder der SA noch der SS angehört. Der Angeklagte sagt u. a. aus, nachdem er vor den Wahlen erfahren habe, daß auf die Häuser der Parteimitglieder kommunistische Anschläge verübt werden sollten, habe er aus zehn Leuten eine Schutztruppe gebildet. Den getöteten Piechuch habe er wiederholt aus dem Lokal weisen müssen, weil er die anwesenden Gäste belästigt habe. Eine Woche vor der Tat sei Piechuch abermals in dem Lokal erschienen und habe geäußert, die anwesenden Nationalsozialisten würden ebenso wie die bisher erschossenen 450 Nationalsozialisten (?) umgebracht werden.

Als erster Zeuge wird bei der Wiedereröffnung der Nachmittagsverhandlung der Oberlandjäger Ossadzin vernommen. Dieser bekundete, daß nach seinen Feststellungen der Piechuch nachts um 1 1/2 Uhr ermordet worden sei. Um 6 1/2 Uhr früh sei ihm eine entsprechende Meldung zugegangen. Er sei sofort zu dem Latorz hingegangen, wo der verhaftete Wolnicza ihm die ersten Aussagen machte. Die von ihm benachrichtigte Nordkommission aus Gleiwitz sei eine Stunde später eingetroffen und habe ihn beauftragt, auf den Colombel aufzupassen.

Dies habe er auch getan. Colombel sei aber nachmittags Pölz juchen gegangen (?) und aus dem Walde nicht mehr zurückgekommen.

Der Angeklagte Sachmann habe den getöteten Piechuch schon im Jahre 1925 einmal mißhandelt, desgleichen am 31. Januar 1932. Sachmann sei nach dem ihm Bekannten ein persönlicher Feind des Piechuch gewesen. Sachmann wäre noch vor einigen Jahren Kommunist, dann Zentrumsmann gewesen und erst in jüngster Zeit Nationalsozialist geworden.

Als zweiter Zeuge wird Florian Schwingel vernommen, den die Nationalsozialisten zuerst aufgefucht hatten. Schwingel erklärt, daß es gegen 1 1/2 Uhr geklopft habe. Seine Frau sei ans Fenster getreten und habe gefragt, was los sei. An der Antwort habe die Frau erkannt, daß der Nationalsozialist Colombel bei der Kolonne war und hätte das Fenster zugeworfen.

Da ihm schon öfter mit Erbschießen und Aufhängen an der großen Dorflinde gedroht worden sei, habe er sich versteckt.

Der Gemeindevorsteher und SA-Führer Sachmann sei früher mit ihm befreundet gewesen und hätte ihn einmal in einem amtlichen Verfahren gegen ein Zahlungsversprechen von 80 Mark zu einer falschen Aussage verleiten wollen. Da er die zunächst gemachte Aussage widerrufen habe, sei der Sachmann ein persönlicher Feind von ihm geworden. Es folge die Aussage des Bruders Piechuch. Dieser bekundete, daß er erst durch den Ruf „Hände hoch“ erwacht sei. Es hätten dann mehrere Personen vor dem Bett gestanden. Er habe dann einen schweren Schlag auf den Kopf bekommen. Sein Bruder sei an den Füßen gefaßt und aus dem Bett gezogen worden, nachdem er vorher versucht hatte, sich mit der Bettdecke zu schützen. Als man ihn aus dem Bett gejagt hatte, sei ihm gesagt worden: „An die Wand mit dir“ und man habe ihn dann mit dem Gesicht gegen die Wand gestellt.

Inzwischen sei auf den Bruder schwer eingeschlagen worden, plötzlich sei ein Schuß gefallen und er habe gehört, daß der Bruder in der Kammer getödtet habe.

Er sei dann auf den Boden geflüchtet. Auf das Schreien der Mutter wäre er dann wieder heruntergekommen, fand aber seinen Bruder bereits tot vor. Als die Mutter des Ermordeten, die 66jährige Frau Maria Piechuch vernommen werden soll, läßt der Angeklagte Müller den Verteidiger erklären, daß er nicht mehr der Verhandlung folgen könne. Daraufhin wurde die Verhandlung auf Sonnabend früh 9 Uhr vertagt.

Von irgendwelcher Reue war bei den Angeklagten nichts zu verspüren. Sie benahmen sich im Gegenteil sehr provozierend, und als ihnen aus dem Zuhörerraum bei Abschluß der Abendverhandlung der Hitler-Gruß zugerufen wurde, brüllten sie ihren Parteifreunden mit erhobenen Händen gleichfalls ein „Heil Hitler“ zu. — Im Laufe des Tages kam es mehrfach zu Ansammlungen vor dem Gerichtsgebäude und zu Zusammenstößen zwischen SA-Leuten und Kommunisten. Ein besonders rabiatier SA-Mann wurde hierbei festgenommen. Gegen Abend wurden auf der Beuthener Hauptstraße und in der Umgebung des Gerichtsgebäudes wiederholt größere SA-Trupps, darunter zahlreiche auswärtige SA-Leute festgestellt.

## Schamlosigkeit und freche Drohung.

Das oberschlesische Naziorgan zu dem Mordprozess.

Die „Ostfront“, das oberschlesische Hitler-Organ, erklärt zu dem Prozess, daß unter den gegebenen Verhältnissen mit fünf Todesurteilen gerechnet werden müßte. Wenn das Gericht es aber magen würde, auch nur ein einziges Todesurteil zu fällen, so würde sich in ganz Deutschland ein Sturm erheben und die Folgen wären unabsehbar.

Zum Schluß erklärt dieses schamlose Blatt: „Schuldig an dem Mord sind nicht die Angeklagten, sondern auf die Anklagebank gehören der frühere preußische Innenminister Seering und der Justizminister Schmidt. Sie sind die wahren Schuldigen von Potempa.“

## Eine Lappalie!

Die regierungsamtliche „DLZ“ schreibt:

Die schweren Vorwürfe, die der Stahlhelmführer v. Stephan gegen die Nationalsozialisten erhoben hat, werden von den zuständigen preussischen Stellen nachgeprüft werden. Von amtlicher Seite verlautet, daß sich aus dem bisher mitgeteilten Material — also vor der Veröffentlichung, die wir im Auszug wiedergaben — kein Anhalt für ernsthafte Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit ergeben habe.

Ganz allgemein wird von unterrichteter Reichsstelle hierzu bemerkt, daß in den letzten Monaten zahllose Putschsagen erfolgt seien, an denen sich erfreulicherweise niemals etwas bewahrheitet habe.

Auch könne nicht jedesmal ein Ermittlungsverfahren in Gang gesetzt werden,

denn sonst müßte die Zahl der Staatsanwälte verzehnfacht werden. Von zuständiger preussischer Seite wird diese Einstellung im allgemeinen unterstrichen.

Nicht einmal ein Ermittlungsverfahren? Wann wird die „DLZ“ wegen böswilliger Verächtlichmachung der Reichsregierung verboten?

Die „Berliner Börsenzeitung“ des Generals v. Stülpnagel bemerkt zur selben Sache:

Der Gegenstand des Streits ist so un wesentlich, daß wir es ablehnen, auf ihn einzugehen. Wir begnügen uns mit der Feststellung, daß der Ausgangspunkt eine Lappalie ist.

Ausschneiden und aufleben! Mappe: „Ueberparteiliches!“

## SA. überfällt Kommunisten.

Ein Fall für das Breslauer Sondergericht.

Breslau, 19. August. (Eigenbericht.)

Heute vormittag gegen 11 Uhr kam es an der Neudorf-Edle Radodstraße zu einer politischen Schlägerei. In unmittelbarer Nähe des Braunen Hauses hatten zwei kommunistische Zeitungshändler Aufstellung genommen. Sie wurden von uniformierten Nazis angegriffen, verfolgt und zu Boden geworfen. Es sammelte sich eine Menschenmenge von etwa 400 Personen an.

Die am Boden Liegenden trat man mit Füßen, den einen von ihnen so schwer, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Zwei Täter wurden von der Polizei festgenommen. Man darf gespannt sein, ob auch dieser Fall vor das Breslauer Sondergericht kommt, das sich in der kurzen Zeit seiner Tätigkeit schon durch besonders harte Urteile gegen Kommunisten ausgezeichnet hat.



## Klara Zetkin erkrankt.

Als Patient im Kreml-Krankenhaus.

Moskau (über Kowno), 19. August.

Eine Erkrankung der greisen Klara Zetkin hat ernsthafte Besorgnis hervorgerufen. Zur Patientin, die im Kreml-Krankenhaus untergebracht ist, sind vier der besten Ärzte befohlen worden, von denen je zwei ständig beobachten. Es verlautet, daß zunächst der Verlauf des Anfalles sich normal entwickelte.

## Brachts Urlaub verlängert.

Regierungsantrag gegen die Stimmen der Essener Sozialdemokratie angenommen.

Essen, 19. August.

Der Verfassungsausschuß der Essener Stadtverordnetenversammlung stimmte am Freitag mit Mehrheit gegen die sozialdemokratischen Mitglieder dem Antrag der Reichsregierung auf weitere Beurlaubung des stellvertretenden Reichskommissars für Preußen, Dr. Bracht, von seinem Essener Oberbürgermeisteramt bis zum 1. Dezember dieses Jahres zu.

## Tränengas!

Neue Attentatsserie in Westdeutschland.

Wuppertal, 19. August.

Verschiedene Wuppertaler Warenhäuser wurden heute nachmittag von unbekanntem Personen erneut mit Tränengas heimgesucht.

Wie aus den Meldungen an die Polizei hervorgeht, haben die Täter fast zur gleichen Stunde in vier Geschäftshäusern — zwei in Barmen und zwei in Elberfeld — während der Hauptgeschäftszeit die Gas-Kapseln geworfen. Nach den Anschlägen verließ das Publikum fluchtartig die Räume. Zwei Geschäfte mußten geschlossen werden.

Am 11. August hielt Oldenburgs nationalsozialistischer Ministerpräsident Hänge-Röver in Hannover auf einer Nazi-Protokollversammlung eine wilde Hezrede gegen die Eröffnung eines neuen Woolworth-Einheitspreisgeschäftes. Am 12. August flogen in Krefeld Tränengasbomben in die Häuser von Woolworth, Spa und Leonhard Tief. Jetzt ist eine Woche später die Attentatswelle auf Barmen hinübergelagert. Für sorgfältigste Vorbereitung der Anschläge spricht das zeitliche Zusammenfallen aller vier Attentate. Die Durchführung läßt darauf schließen, daß es sich in Krefeld, Barmen und Elberfeld um ein und dieselbe Terroroffensive handelt. Den klaren Zusammenhang zwischen der Röver'schen Warenhausheze und diesen Anschlägen dürfte wohl nur eine mit völliger Blindheit geblinde Regierung nicht erkennen.

## Wehrmachtumbau und Frankreich.

Herriot läßt Sturm läuten.

Paris, 19. August. (Eigenbericht.)

Die Havas-Agentur meldet angeblich bestinformiert aus Berlin, daß die Reichsregierung entschlossen sei, durch die Vorschläge in Paris und London ihr Verlangen nach Neuorganisation der Reichswehr vorzutragen zu lassen. Man werde da erklären, daß es „nicht mehr möglich ist, eine gründliche Aussprache und eine Entscheidung über ein Problem zu vertagen, das die gesamte öffentliche Meinung in Deutschland als lebenswichtig ansieht“. Der heiligen Deutschen Vatschaft ist von einer derartigen Absicht der Reichsregierung noch nichts bekannt und Anordnungen aus Berlin sind nicht eingetroffen.

Diese Havas-Ankündigung hat zusammen mit dem Reuters-Interview des Reichsanzlers in Paris stärkste Mißstimmung hervorgerufen. Man betont hier, daß die ununterbrochene Kette der deutschen Forderungen keineswegs dazu angetan sei, das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich zu bessern. Nach der Rheinlandräumung habe Deutschland sofort die Annulierung der Reparationen gefordert; nach der Konferenz von Lausanne verlangte es jetzt Rüstungsgleichheit, und wenn dies erledigt sei, werde es, wie Reichsanzler von Papen bereits angekündigt habe, Kolonialforderungen in den Vordergrund stellen. Dann brauche es nur noch die territoriale Revision des Versailler Friedens zu fordern und dieses ganze Werk werde damit aus der Welt geschafft.

Die Pariser Presse, die zunächst dem Reuters-Interview des Reichsanzlers nur wenig Beachtung schenkte, ist am Freitag, nach der Rückkehr Herriots von Lyon nach Paris, auffälligerweise mit schwerstem Geschick gegen Deutschland aufgefahren.

Der „Temps“ macht eine Reihe neuer juristischer Argumente geltend, die augenscheinlich dem amtlichen Arsenal entnommen worden sind: Die militärischen Verfaller Klauseln bestehen in ihrer ganzen ursprünglichen Kraft noch fort und können nicht einfach durch eine Entschließung einer allgemeinen Konferenz abgeschafft werden. Eine deutsche Forderung auf diesem Gebiet hat daher keinerlei juristische Basis. Wenn Deutschland die Rüstungsgleichheit fordert, kann es das nicht auf Grund des geschriebenen Rechts tun. Es müßte das juristische Terrain aufgeben und die Frage auf rein politischen Boden stellen. Dann aber würden die Verhandlungen einen ganz anderen Charakter annehmen. Es würde sich dann nämlich die

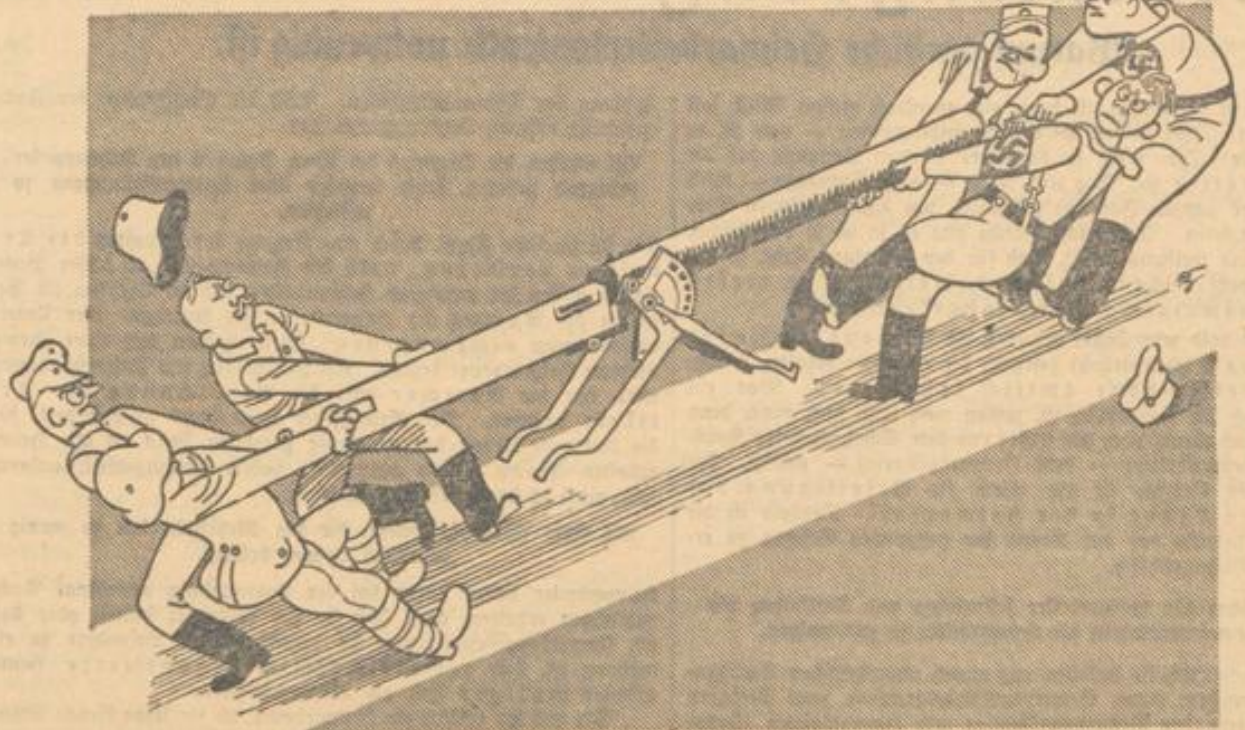
Frage erheben, welche politische Gegenleistung Deutschland anbieten kann.

Dann würde das ganze weite Problem der allgemeinen Sicherheit aufgelöst werden müssen, und zwar unter Bedingungen, die eine Lösung beinahe unmöglich machen.

Zum Kolonialproblem schreibt dasselbe Blatt: „Man begeht einen Irrtum, wenn man behauptet, daß diese Frage ordnungsgemäß vor den Völkerbund gebracht werden könnte. Denn es ist nicht der Völkerbund gewesen, der die Kolonialmandate verteilt hat. Das erfolgte durch direkte Einigung zwischen den Mächten, der Völkerbund war lediglich dazu da, die Verteilung zu registrieren und die Kontrolle über die Kolonialverwaltung zu übernehmen. Auch hier handelt es sich also um eine rein politische Angelegenheit, die nicht vom Genfer Rat entschieden werden kann.“

Der ehemalige Abrüstungsbelegte unter der Regierung Lardieu, Abg. Oberst Fabry, aber kündigt im „Antirépublicain“ an, daß er

## „Nationales“ Deutschland.



„Wenn es nur zu Schuß und Truhe  
Brüderlich zusammenhält!“

## Der „Vorwärts“ wird „verwarnt“!

Drohung mit einem „längeren Verbot“.

Folgendes Schreiben geht uns zu:

Der Polizeipräsident, Berlin, den 19. August 1932.  
I. 2. S. 34 00/169. 32.

An den „Vorwärts“-Verlag G. m. b. H.,  
Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

In der Tageszeitung „Vorwärts“ Nr. 351, 49. Jahrgang, vom 14. August 1932 befindet sich im Hauptblatt auf der 1. Seite ein Artikel „Zurück zum Recht!“ In diesem Artikel wird im Absatz 2 davon gesprochen, daß die „Reichsregierung unter der Firma einer angeblich „überparteilichen Regierung“ eine Politik der Feilschenleihe gegen die republikanisch gesinnte, verfassungstreue Bevölkerung getrieben habe, während sich gegenüber den gewalttätigen Feinden der Staatsordnung eine würdelose Liebedienerei breitmachte“. Ferner wird in den letzten 3 Absätzen u. a. ausgeführt, „auch eine nationalsozialistische Parteiregierung könnte ihre Macht kaum noch einseitiger anwenden, als das die bisherige deutschnationale Parteiregierung getan hat“. Der Artikel schließt dann mit den Worten: „Schluß mit dem zweierlei Recht, mit der einseitigen Begünstigung sozialistischer Staatsfeinde und der Menschenjagd auf aufrechte Republikaner!“

In diesen Ausführungen wird den Mitgliedern der Reichsregierung der Vorwurf einseitiger Parteiregierung gemacht. Sie verstoßen daher gegen den § 6 Absatz 1 Ziffer 2 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 und würden mich zu einem Verbot des „Vorwärts“ berechtigen. Wenn ich diesmal von einem Verbot der Zeitung noch absehe, so geschieht das in der Erwartung, daß Sie sich fortan größter Zurückhaltung bestreben.

Ich verwarne Sie aber nachdrücklich und mache darauf aufmerksam, daß Sie bei einem weiteren Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen unmissverständlich mit einem längeren Verbot zu rechnen haben.

Dies also das Neueste! Geht es so weiter, so wird sich die republikanische Presse in der Deutschen Republik bald

nach der kaiserlichen Kriegszensur zurückziehen, die nicht nur angemessene Umgangsformen zu wahren mußte, sondern auch, was die Uebersteigerung des Machtefühls betrifft, die augenblicklichen Nachhaber Preußen-Deutschlands in keiner Weise erreichte.

Nach § 6 Abs. 1 Ziffer 2 der Notverordnung vom 14. Juni 1932 können Zeitungen verboten werden, wenn in ihnen „leitende Beamte des Staates beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden“. Eine solche „böswillige Verächtlichmachung“ erblickt der Polizeipräsident Meißner schon in dem „Vorwurf einseitiger Parteiregierung“, den wir gegen die Reichsregierung erhoben und sachlich begründet haben. Der Polizeipräsident Meißner möchte uns auf den Glaubenssag verpflichten, daß die gegenwärtige Reichsregierung „überparteilich“ ist.

Das lehnen wir auf das allerentschiedenste ab. Wir lehnen es ab, der Regierung ihre angebliche „Überparteilichkeit“ zu attestieren in dem Augenblick, in dem sie — um nur ein Beispiel herauszugreifen — die Taten der SA, die der Major von Stephan aufgedeckt hat, öffentlich zu bagatelisieren versucht. Will Herr Meißner vielleicht behaupten, die Regierung würde dieselbe gleichmütige Haltung einnehmen, wenn es sich um Kommunisten statt um Nationalsozialisten handelte?

Die Kritik, die wir an der Regierung übten, gründete sich auf nachweislich wahre Tatsachen. Die Vorwürfe, die wir gegen sie erhoben haben, mögen ihr peinlich sein — aber die Drohung mit einer gewalttätigen Unterdrückung der Kritik ist das allerschlechtesten Mittel, sie zu entkräften.

das lange geheimgehaltene Aktenstück der Regierung Lardieu über die deutschen Geheimrüstungen und die systematischen Verstöße gegen die Versailler Militärbestimmungen aufschlagen

werde. Er werde bei aller nächster Gelegenheit in der Kammer mit unüberleglichen Aktenstücken beweisen, daß Deutschland 1. widerrechtlich den Großen Generallstab wiederhergestellt habe, 2. eine höhere Zahl Soldaten in der Reichswehr ausgebildet habe als Versailler erlaube, 3. die Bewaffnung der Reichswehr willkürlich geändert und 4. die Fabrikation verbotener Waffen wiederaufgenommen habe.

## Schanghai nach Budapest.

Chepoor Ruegg soll lebenslanglich eingekerkert bleiben.

Schanghai, 19. August.

Nach fünfzehnmonatiger Untersuchungshaft sind zwei Europäer, Paul Roussé und seine Frau, die sich als schweizerische Staatsangehörige Ruegg bezeichneten, wegen kommunistischer Propaganda zum Tode verurteilt worden. Die Strafe wurde auf Grund der allgemeinen Amnestie sofort in lebenslangliche Einkerkelung umgewandelt.

Wenn diese chinesischen Nachhaber auch nicht ganz die blutdürstige Roheit des „Christlichen“ Horthy-Kurses in Ungarn erreichen und die Rueggs nicht auch zu Blutzugenden der Lehre Benins gemacht werden, so bleibt doch lebenslange Kerkerstrafe für bloße Propaganda ein Tiefpunkt reaktionärer Gerechtigkeit. Dabei ist es noch sicher, daß nur die Proteste zahlreicher Größen des europäischen Geisteslebens neben dem wochenlangen Hungerstreik der Rueggs die Todesstrafe abgewandt haben.

Admiral Jenker gestorben. Der frühere Chef der Reichsmarineleitung, Admiral Jenker, ist am Donnerstag in einer hiesigen Klinik gestorben. — Jenker war von 1924 bis 1928 Chef der Marineleitung und reichte nach der Vohmann-Boehus-Film-Affäre, für die er sich vor dem Reichstag mitverantwortlich erklärt hatte, seinen Abschied ein.

## Dollfus-Konfusion.

Einspruch des Bundesrates — Gefahr im Nationalrat.

Wien, 19. August. (Eigenbericht.)

Der Bundesrat, bestehend aus proportional gewählten Vertretern der Landtage — und infolgedessen schon jetzt auch einige Hakenkreuzler drin —, hat auf Antrag seines Außen Ausschusses Einspruch gegen die Ratifizierung des Lausanner Abkommens erhoben. Den Ausschuh Antrag begründete der Sozialdemokrat General a. D. Körner.

Der Abfall eines Teils der Heimwehrleute vom Regierungsblock gab Anlaß zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Christlichsozialen und Heimwehrfaschisten. Auf Provokationen der Hakenkreuzler antworteten die Sozialdemokraten gehörig.

Ob im Nationalrat die Einstimmigkeit für Lausanne und die Regierung Dollfus erhalten bleibt, ist zweifelhaft. Der großdeutsche Abg. Binzl hat durch seine Krankmeldung die Opposition um eine Stimme verringert, ein großdeutsches Blatt hat diese Krankmeldung als einen Druckerfolg der Regierung (ausgeübt durch Wirtschaftsverbände, denen Binzl seine Ausstellung zu verdanken hatte) hingestellt. Binzl hat zwar erklärt, auf sein Mandat zu verzichten, aber er hat nachträglich telegraphiert, daß er sein Mandat weiter ausüben werde. Das hat gewaltige Aufregung im Regierungslager hervorgerufen, und man berät feierhaft, ob man Binzl wieder zulassen könne. Von seinem Nachfolger erwartet man nämlich, daß er für Lausanne stimmen werde, obgleich die Klubparole der Großdeutschen auf Ablehnung lautet.

Graf Reventlow erklärt im „Reichswart“ die von einer Korrespondenz aufgestellte und von uns wiedergegebene Behauptung, in der RSDAP sei gegen ihn wegen seines Bekenntnisses zum Sozialismus ein Verfahren im Gange, für unrichtig.

Der Prozeß Dr. Weiß gegen „Angriff“. Im Befeldigungsprozeß des früheren Berliner Polizeipräsidenten Dr. Weiß gegen den nationalsozialistischen „Angriff“ ist neuer Verhandlungstermin auf den 2. September, 9 Uhr mittags, anberaumt worden.

Cord Rissant auf freien Fuß gesetzt. Der englische Wirtschaftsführer Lord Rissant, der früherer Vorsitzende des Royal Mail, der im vorigen November wegen Veröffentlichung falscher Börsenprospekte zu 12 Monaten Gefängnis verurteilt worden war, ist inzwischen auf freien Fuß gesetzt worden.



# Ausbeutung von Frau und Kindern.

## Warum amtliche Heimarbeiterkontrolle notwendig ist.

Arbeit zu bekommen, ist heute ein unendlich großes Glück, fast ein Wunder. Jede Arbeit wird gern angenommen — und sei es die geringste. Dies trifft in besonders starkem Umfange auf die Heimarbeiter zu. Tag und Nacht — auch Sonntags — wird (oft von der ganzen Familie) geschuftet, um einen geringen Verdienst zu erzielen. Arbeitslose Hände gibt es ja in so unendlicher Fülle, sie sind meistens bereit, auch für den niedrigen Lohn zu arbeiten, obwohl höhere Heimarbeiterlöhne in vielen Gewerbebezügen amtlich festgesetzt sind.

Es sind bald zehn Jahre her, daß die Fachauschüsse für Hausarbeit (Heimarbeiter) geleglich die Befugnis erhalten haben, Heimarbeiterlöhne amtlich festzusetzen. Was ein Fachauschuß für Hausarbeit ist, wissen viele auch noch nicht, denn sie haben noch wenig oder gar nichts von dem Schutzgesetz für Hausarbeiter (Heimarbeiter) — dem Hausarbeitsgesetz — gehört. Der Zweck dieses Gesetzes ist vor allem die Befestigung der niedrigen Löhne in der Heimarbeit. Deshalb ist die wichtigste Aufgabe der auf Grund des genannten Gesetzes zu errichtenden Fachauschüsse,

### Mindestlöhne für Heimarbeiter festsetzen und Tarifföhne als allgemeiner verbindlich für Heimarbeiter zu genehmigen.

Die Fachauschüsse bestehen aus einem unparteiischen Vorsitzenden (in Preußen: einem Gewerbeaufsichtsbeamten), zwei Beisitzern und Vertretern der Gewerbetreibenden und Hausarbeitern (Heimarbeitern). Es können für Gewerbetreibende und Heimarbeiter je zur Hälfte Angestellte von Organisationen bestellt werden. In den Jahren 1927/28 begannen endlich die Lohnfestsetzungen der Fachauschüsse sich durchzusetzen, die schlechtesten Löhne wurden damals im allgemeinen beseitigt. Bald zeigte es sich, daß

### die Heimarbeiter die festgesetzten Löhne meist nicht erhalten, wenn die Zahlung der Löhne nicht überwacht wird.

Es wurden deshalb — insbesondere in Preußen — die Gewerbeaufsichtsbeamten ausdrücklich beauftragt, die Heimarbeiter zu besuchen und festzustellen, ob ihnen die vorgeschriebenen Löhne auch gezahlt werden. Verschiedene Gewerbeaufsichtsbeamte (weibliche und männliche) erhielten eine besondere Ausbildung, um die Art der einzelnen Arbeiten, ihre Eingruppierung in die Tarifverträge usw. genau beurteilen zu können. So befindet sich beim Polizeipräsidenten in Berlin (Magazinstraße) eine besondere Heimarbeiterlohnkontrollstelle mit zwei besonders vorgebildeten Beamtinnen. Da ihre Kräfte nicht ausreichen, um Laufenden von Heimarbeitern in Berlin und Umgegend Hilfe zu bringen, werden sie von den Beamten bei den Gewerbeaufsichtsämtern in Berlin und in der Provinz Brandenburg unterstützt. Besonders vorgebildete Beamtinnen und Beamte sind auch in Breslau (Regierung), Steinfurt, Königsberg, Düsseldorf (Regierung), Erfurt, Frankfurt a. M. und Minden, auch ihnen leisten die übrigen Gewerbeaufsichtsbeamten Hilfe. Wo eine besondere Heimarbeiterlohnkontrollstelle nicht vorhanden ist, überwachen die Gewerbeaufsichtsbeamten allgemein die

Zahlung der Heimarbeiterlöhne. Auch die Vorsitzenden der Fachauschüsse nehmen Lohnkontrollen vor.

### Oft werden die Beamten bei ihren Besuchen der Heimarbeiter dringend gebeten, keine Anzeige über Unterentlohnungen zu erstatten.

Die fürchterliche Angst, durch eine Anzeige der Beamten die Arbeit zu verlieren, treibt die Heimarbeiter zu dieser Bitte. Leider wissen die wenigsten Heimarbeiter, daß in Preußen die Beamten die Namen der Heimarbeiter bei Anzeigen über Unterentlohnungen nicht angeben. Stets werden von einer Firma mehrere Heimarbeiter besucht. Bei Feststellung von Unterentlohnung wird nur die Nummer oder die Bezeichnung des Artikels benannt. Der Arbeitgeber wird dann aufgefordert, für die benannte Arbeit den zu wenig gezahlten Lohn an alle Heimarbeiter, die die Arbeit ausgeführt haben, nachzuzahlen; andernfalls wird er durch den Fachauschuß

### mit einer Geldbuße belegt, die das Mehrfache des zu wenig gezahlten Lohnes beträgt.

Heimarbeiter haben daher bei der Lohnzahlung manchmal Nachzahlungen erhalten, ohne daß sie sich beschwert hätten oder daß ein Gewerbeaufsichtsbeamter sie besucht hätte. Besonders zu erwähnen ist, daß gewerkschaftlich organisierte Heimarbeiter mutiger sind als nichtorganisierte.

Wie und wo erfährt ein Heimarbeiter, ob für seine Arbeit Löhne durch einen Fachauschuß festgesetzt worden sind und in welcher Höhe?

Heimarbeiter sind meist hilflos, ohne den Beistand einer Gewerkschaft.

### Nur durch die Gewerkschaften wird man über alle Fragen genauestens aufgeklärt.

darum vor allem: Heimarbeiter, hinein in eine freie Gewerkschaft! Unbedingt erforderlich ist auch der gewerkschaftliche Beistand, wenn Heimarbeiter den zu wenig gezahlten Lohn beim Arbeitsgericht einklagen wollen. Dringend notwendig ist, daß die Heimarbeiter den Gewerbeaufsichtsbeamten bei deren Besuchen richtige Auskunft über die Höhe ihrer Löhne geben, die Lohnbücher vorzeigen oder — wenn der amtliche Besuch lange auf sich warten läßt — beim Polizeipräsidenten, bei der Regierung, bei den Gewerbeaufsichtsämtern oder den Fachauschüssen selbst die Höhe der Löhne festzustellen, bei Unterentlohnungen auch Beschwerde führen.

Der Lohndruck gegen die Heimarbeiter fördert nicht nur Kinderarbeit, Sonntags- und Nachtarbeit, er ist auch ein Unrecht gegen die Gemeinden. In vielen Fällen würde Wohlfahrtsunterstützung nicht in Anspruch genommen, wenn der vorgeschriebene Lohn gezahlt würde; die Gemeinden müssen also des öfteren diejenigen Beträge als Unterstützung zahlen, die lohn-drückende Arbeitgeber für geleistete Arbeit nicht zahlen. Ganz abgesehen davon, daß solche Unternehmer durch Schmutzkonkurrenz die Unternehmer, die den vorgeschriebenen Lohn zahlen, die auch ehrliche Steuerzahler sind, ruinieren.

## „Einheitsfront.“

### „Antifaschistische“ Gewerkschaftsbege.

Zur Propaganda für ihre „antifaschistische Aktion“, eine Aktion gegen alle nichtkommunistischen Arbeiterorganisationen, ist der R.F.D. offenbar jedes Mittel recht. In der „Roten Fahne“ von gestern wird in großer Aufmachung auf der Titelseite an die graphische Arbeiterchaft Berlins die Aufforderung gerichtet, „das Banner der Antifaschistischen Aktion“ zu entfallen, weil angeblich eine neue Lohnabbauwelle die graphische Arbeiterchaft bedrohe. Es heißt da: „Die Berliner Großdruckerei Bügenstein droht mit der Stilllegung des Betriebes, falls die Belegschaft sich nicht mit einem 60prozentigen Abbau der übertariflichen Löhne einverstanden erklärt. In der Reichsdruckerei ist ein Abbau der übertariflichen Löhne um 33 Prozent angekündigt worden. In den Betrieben der Zeitungslöhne Wüste, Rosse und Scherl derselbe Vorstoß.“

In den Zeitungsbetrieben Wüste, Rosse und Scherl ist weder dem Betriebsrat noch den Belegschaften etwas von einem derartigen „Vorstoß“ bekannt. Sollten sich die drei Firmen durch die Tatarnachricht der „Roten Fahne“ veranlaßt sehen, einen Anschlag auf die übertariflichen Löhne zu versuchen, werden sich die graphischen Arbeiter dieser Betriebe schon zu wehren wissen. An den Meldungen über die Firma Bügenstein und die Reichsdruckerei ist nur wahr, daß den Betriebsratsvorsitzenden mitgeteilt worden ist, die Firmen müßten mit den Betriebsräten in der nächsten Zeit unbedingt über eine Herabsetzung der übertariflichen Löhne verhandeln. Bis jetzt sind aber weder Verhandlungen dieser Art geführt, noch von den Firmenleitungen bestimmte Forderungen erhoben worden.

Die „Rote Fahne“ von heute weiß schon nicht mehr, was sie gestern geschrieben hat. Sie meldet, die Firma Bügenstein habe einen 50prozentigen Abbau der übertariflichen Löhne gefordert, und von den Spitzenfunktionären der Ortsverwaltung des Buchdruckerverbandes sei beschlossen worden, „den Belegschaften die Annahme des provokatorischen Angebots zu empfehlen“. Auch die in dieser Meldung behaupteten Tatsachen sind glatt aus der Luft gegriffen.

Die Tatsache, daß diese Lügenmeldungen nicht der graphischen Arbeiterchaft, sondern nur der Hege gegen den Buchdruckerverband dienen sollen, geht aus der Aufforderung an die graphische Arbeiterchaft am Schluß des Artikels hervor, die „streikbrecherische Sabotage der Bürokratie“ zu brechen. Die Regelung der übertariflichen Löhne ist nämlich nicht Sache der „Bürokratie“ des Buchdruckerverbandes, sondern der einzelnen Belegschaften. Diese schmutzige Hege läuft unter der Rubrik „Einheitsfront“!

## Arbeitsdienst bei der Reichsbahn.

### Ein halber Rückzug.

Die Reichsregierung hat bei dem Versuch, den freiwilligen Arbeitsdienst im Reichsbahnbetrieb einzusetzen, den Rückzug angetreten. Der R.F.D. soll nämlich, wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, nach dem neuesten Plan der Regierung nur noch für Arbeiten in Frage kommen, die nicht im Wirtschaftspland der Reichsbahn enthalten sind.

Für den R.F.D. können beim Reichsbahnbetrieb also nur Arbeiten in Frage kommen, die bisher schon nie in eigener Regie von der Reichsbahn ausgeführt wurden und die mit dem Betriebs- und Verkehrsamt nicht in Zusammenhang stehen. So sollen z. B.

bei Verwendung des R.F.D. im Reichsbahnunternehmen nur Abbrucharbeiten von häuslichen und technischen Einrichtungen sowie Vorarbeiten zu Neuanlagen, die erst für spätere Zeit in Aussicht genommen sind, in Betracht kommen. Der R.F.D. darf also für sogenannte zufällige Arbeiten, wie ursprünglich von der Reichsregierung beabsichtigt war, nicht verwendet werden.

Aber auch so bleibt die Einbeziehung dieser Arbeiten höchst bedenklich. Denn es handelt sich hier um Arbeiten, die sonst von Arbeitern zu vollem Lohn ausgeführt würden — und wahrscheinlich billiger als durch den freiwilligen Arbeitsdienst. Wie man es auch anstellen mag, sowie der freiwillige Arbeitsdienst eine gewisse Ausdehnung nimmt, führt er nicht zu einer Verminderung, sondern zu einer Vermehrung der Arbeitslosigkeit, zu einer weiteren Schrumpfung der Kaufkraft.

## Zuchthaus-Engel.

### Die Terroristen schreien über Terror.

Man erinnert sich, daß die RSDAP, mit großem Tamtam seinerzeit eine sogenannte Hib-Aktion (Hinein in die Betriebe) angekündigt hat, deren Zweck die Eroberung der Betriebe durch die Nationalsozialisten war. Der Leiter dieser Aktion und Spezialist in Betriebsfragen, ein gewisser Engel, preußischer Landtagsabgeordneter, muß nun in „Angriff“ das völlige Fiasko dieser Aktion eingestehen. Truppweilse zogen SA-Leute vor die Betriebe und verteilten Millionen von Flugblättern, die die Arbeiter entweder gar nicht nahmen oder meist ungelesen wieder fortwarfen.

Belegter Engel kann sich diese tiefe Abneigung der Arbeiterchaft gegen alles, was von den Nationalsozialisten kommt, nur erklären durch den angelischen Terror, den die „Marristen“ in den Betrieben ausübten. Diese Entdeckung ist sehr alten Datums. Sie ist schon in den 80er Jahren von dem Oberscharmacher und Oberterroristen Freiherrn von Stium gemacht und seitdem von allen Scharmachern und Gelben nachgezählt worden. Die Nazis, als getreue Landsknechte des Unternehmertums, wissen nichts Besseres zu erzählen, als die alten Lügen aufzuwärmen.

Man erinnert sich der Rassenlage der Nazis gegen den Betriebsrat der BDO. Die Klage ist schmächtig zusammengebrochen. Es ist noch nirgends geglikt. Sozialdemokraten den Terror nachzuweisen, den die Nazis Andersdenkenden gegenüber ausübten und darauf noch sehr stolz sind. Daß jeder Naziminister und jeder Nazibürgermeister ohne weiteres alle Beamten, Angestellten und Arbeiter auf die Straße setzt, die ihm irgendwie als marxistisch verdächtig sind, dagegen die berusmächtigen Terroristen der SA, als Hilfspolizei einstellen, alles das sind ebenso bekannte Dinge wie die nationalsozialistischen Bombenanschläge auf Gewerkschaftshäuser und die Attentate auf sozialdemokratische Redakteure, Reichsbannerleute und Gewerkschaftsfunktionäre.

Weil nun aber die Arbeiterchaft den Nazis widersteht, soll der gerichtliche Terror ausführen, was dem Terror der Nationalsozialisten nicht gelungen ist. Der schon erwähnte Engel verlangt also im „Angriff“ folgendes:

„Mit Zuchthaus soll derjenige, ob Arbeitnehmer oder Arbeitgeber, bestraft werden, der einen arbeitenden Deutschen wegen seines politischen Glaubens vom Arbeitsplatz verdrängt.“

Für diesen Engel gibt es nicht eine politische Ueberzeugung, sondern nur einen politischen Glauben. Daß er mit Zuchthaus bestrafen will, wer nicht an Hitler glaubt und jemanden von seinem Arbeitsplatz verdrängt, der ein streng gläubiger Nazi ist, kann man als das Maß dessen festhalten, was im sogenannten

Dritten Reich der Arbeiterchaft blühen würde. Zur Begründung seiner Zuchthausvorlage führt der Zuchthaus-Engel einige dumme Redensarten von Kommunisten an, die über die Einstellung oder Entlassung von Arbeitern und Angestellten gar nichts zu bestimmen haben, oder aber die Abwehr von Arbeitern gegen den Naziterror.

Genau so wie die Hib-Aktion wird auch die Zuchthausaktion des Herrn Engel scheitern.

## Maschinenproblem im Bankgewerbe.

### Die Reifeite des Fortschritts.

Die Maschinenisierung hat heute auch den Beruf des Angestellten tiefgreifend umgestaltet. An die Stelle des gelernten Buchhalters ist die ungelernete, nur für die Bedienung einer bestimmten Maschine angelesene Hilfskraft getreten, die von den buchungstechnischen Zusammenhängen und der Bedeutung, die dem einzelnen Vorgang darin zukommt, oft keine Ahnung hat. In dem komplizierten und in jedem einzelnen Posten so verantwortungsvollen Betrieb wie dem einer Großbank werden heute für solche Buchungsarbeiten die ungelernen Kräfte den gelernten Bankbeamten sogar vorgezogen, da die scharfe, nur auf den mechanischen Vorgang der Maschinenbuchung eingestellte Aufmerksamkeit im allgemeinen von jenen am besten erreicht wird, die, mangels entsprechender Vorbildung, gar nicht in Verberung kommen können, den der Buchung zugrundeliegenden Geschäftsvorgang zu durchdenken. Ein kleiner Teil der gelernten Buchhaltungskräfte hat bei den Großbanken Verwendung in Kontrollposten oder in solchen Abteilungen gefunden, die von der Maschinenisierung noch nicht erfaßt worden sind. Alte Angestellte wurden vorzeitig pensioniert, jüngere in großen Scharen entlassen.

Ein Gespräch, das im Programm der Deutschen Welle über das „Maschinenproblem im Bankgewerbe“ zwischen Adolf Wendt und Karl Emonts stattfand, skizzierte diese für die Bankangestellten so bittere Entwicklung. Die beiden Sprecher, Bankfachleute und erfahrene Gewerkschafter, betonten jedoch, daß es auch hier unmöglich sei, einen technischen Entwicklungsprozeß rückwärts zu revidieren. Durch den maschinisierten Buchungsbetrieb ist auch die Großbank in der Lage, täglich Bilanz zu ziehen und damit die rechnerisch genaue Grundlage für alle Dispositionen zu gewinnen, was besonders in kritischen Zeiten bei diesen großen Finanzinstituten ein entscheidender Sicherheitsfaktor werden kann. Eine entsprechende Umwandlung des Arbeitsprojektes, vor allem verkürzte Arbeitszeit für die an den Maschinen zu beständigster äußerster Nervenanspannung gezwungenen Menschen, muß den schwer betroffenen Bankangestellten einigen Ausgleich bringen.

## Bezirkshammerschaft im Gastwirtsgerber.

### Der Osten macht den Anfang.

Nachdem die Belegschaften der Großbetriebe im Gastwirtsgerber ihre Hammerschaften innerhalb der „Eisernen Front“ gegründet haben, regte sich bei den Angestellten der Klein- und Mittelbetriebe ebenfalls der begriffliche Wunsch, organisatorisch erfaßt zu werden. Es handelt sich um freiwillige Mitarbeit und Disziplin — das kam deutlich zum Ausdruck und wurde auch in der lebhaften Diskussion nachdrücklich betont in der Versammlung für den Bezirk Osten am Mittwochnachmittag in der „Schlesischen Heimat“, in der Burde vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten das einleitende Referat hielt. Besonders lebhaft wurde es begrüßt, daß auch den weiblichen Angestellten Gelegenheit gegeben werden soll, sich innerhalb der „Eisernen Front“ an der Stelle zu betätigen, wo sie je nach Lage der Sache ihren Kräften und Fähigkeiten entsprechend eingesetzt werden können.

Nachdem nun der Berliner Osten mit gutem Beispiel vorgegangen ist, und eine Bezirkshammerschaft für die Angestellten des Gastwirtsgerberes ins Leben gerufen hat, darf erwartet werden, daß bald ein edler Wettstreit einsetzen wird und die anderen Bezirke nicht nur dem gegebenen Beispiel nachziehen, sondern es nach Möglichkeit noch zu übertreffen versuchen werden. Die nächste Veranstaltung ist für den Bezirk Norden geplant, und die anderen Bezirke werden bald folgen. Dafür wird die Organisation sorgen, deren Funktionäre natürlich bei allen Vorarbeiten die Leitung in der Hand behalten.

## Arbeitsangebot eines Hitlerianers.

### Keinen Lohn, aber stramme Nazigefinnung.

Der Gutsherr auf Koshom im Kreise Liebenwerda wollte einen neuen Handwerker einstellen und annoncierte deshalb im Kreisblatt: „Ein Gutsherrler gesucht“. Da offene Stellen heutzutage auch auf dem Lande zu den Seltenheiten gehören, meldeten sich auf dieses Inserat 33 Bewerber, die sich bei dem Gutsherrler vorstellten.

Nicht wenig erstaunt aber waren sie, als sie von dem Gutsherrlichen erfuhren, daß Vorbedingung ihrer Einstellung unter anderem ihre Zugehörigkeit zur RSDAP, oder mindestens zum Stahlhelm sei, daß er außer Beköstigung keinen Lohn zahlen könne und daß sie sich ihr Bett von zu Hause mitbringen müßten! Unter diesen Umständen nahm natürlich keiner der Bewerber die Stellung an. Man muß sich eigentlich wundern, daß dieser Verehrer Hitlers von den Arbeitern noch nicht die Zahlung einer Prämie für eine eventuelle Einstellung verlangte. Jedenfalls zeigt sein Angebot, was er von einer Herrschaft Hitlers und seiner Partei erwartet: die Möglichkeit, die Arbeiter schamlos und brutal ausbeuten zu können. Das ist die Hoffnung, die alle Unternehmer auf die Naziartei setzen und das ist auch der Grund, weshalb sie sie unterstützen. Alle Arbeiter sollten daraus endlich die Folgerung ziehen und sich mit Ekel von der Partei abwenden, die sich nur Arbeiterpartei nennt, um die Arbeiter besser einzufangen zu können.

## Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Plakette „Jugend gegen Krieg“ sind in der Jugendzentrale erhältlich. — Voltstübchen: An- und Ummeldungen bitten wir schon jetzt vorzunehmen.

## Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, ab 18 Uhr, Sprechstunde in der Turnhalle Lützlicher Str. 4 (Wedding) zur Anti-Kriegsvorbereitung. Alle Mitglieder der Arbeitsbezirke müssen sich hieran beteiligen. — Spiele im Ferien: ab 18 Uhr auf dem Sportplatz Humboldthof.

Der „Bormärts“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, Quartier-Sonntagsbeilage „Woll und Fett“.

Anzeigenpreise: Die einspalt. Millimeterzeile 30 Pf., Zettelmeterzeile 2.— Pf., „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 20 Pf. (zählend zwei festgedruckte Worte) jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt laut Tarif. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Millimeterzeile 20 Pf. Familienanzeigen Millimeterzeile 10 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Linienstraße 3, wochentäglich von 9 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genommener Anzeigen vor!

Verantwortlich für Politik: Walter Schiff; Wirtschaft: G. Klingenhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Herbert Lepore; Sozial- und Sonstiges: Fritz Korfeldt; Anzeigen: Otto Brandt; sämtlich in Berlin. Verlag: Bormärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Bormärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Linienstraße 3, 2. Stockwerk & 2. Stockwerk.



# Skandal am Molkenmarkt

## Tolle Zustände in der ehemaligen Stadtvogtei - Zellen als „Wohnungen“

Es gibt in Berlin eine ganze Reihe Mietkasernen, die — nunmehr bald 100 Jahre alt — ihren Einwohnern keine menschenwürdige Wohnstätt mehr bieten. Aber alles Elend und alle Trübsal in diesen Häusern ist ein Kinderspiel gegenüber dem beispiellosen Wohnskandal in dem ehemaligen Berliner Stadtvoigteigefängnis. Wie hier Familie an Familie in den noch nicht einmal 9 Quadratmeter großen Zellen haust, vom Ungeziefer geplagt, wie diese bedauernswerten Menschen dann noch für eine derartige Zelle 21,50 Mark (bis Juli sogar 26,50 Mark) Monatsmiete bezahlen müssen, das ist das Tollste, was in Berlin wohl je an Mietwucher vorgekommen ist. Dabei ist der bauliche Zustand dieses ehemaligen Gefängnisses ein einziger Skandal!

### Lieber im Asyl!

Das Grundstück Molkenmarkt 1 gehört zu dem Komplex der früheren Stadtvogtei. Es war schon vor mehr denn dreißig Jahren nicht einmal mehr zu gebrauchen für den Strafvollzug der preussischen Rechtszeit. Ursprünglich inhaftierte der Berliner Magistrat die für ihn zuständigen Rechtsbrecher im Kalandshof, der einst den Kalandsbrüder gehörte. 1791 wurde dann am Molkenmarkt ein der Städtischen Kammer gehörendes Gebäude als Stadtvoigteigefängnis eingerichtet. 1844 fiel dies Gebäude an den preussischen Fiskus. Bis 1866 diente es als gemeinsames Männer- und Frauengefängnis; nach der Eröffnung des Frauengefängnisses in der Barnimstraße beherbergte es nur noch Männer. Erst 1901 schloß die Stadtvogtei ihre Pforten, und im Jahre 1906 taucht der Herr Emil Schippanowski auf, dem der preussische Fiskus das Haus in Erbpacht gab. Die Erben dieses Herrn Schippanowski verwalten jetzt das Haus weiter. Insgesamt sind in dem ehemaligen Gefängnis 110 „Wohnungen“ errichtet worden, von denen etwa 50 Proz. bereits vor dem 1. Januar 1918 bezogen waren, also noch unter das Mieterschutzgesetz fallen. Ein Gang durch die ehemalige Stadtvogtei wirkt gespenstisch. Noch immer reißt sich Zelle an Zelle mit dem Lichtschacht und der Futterluke. Noch immer sind die eisernen Querbänder vor den Zellentüren, ja nicht einmal die Zellennummern hat man abgemacht, so daß noch fortlaufend zu lesen steht: Zelle Nr. 12, ... Mann. In dieser Zelle Nr. 12 hat einst Fritz Reuter gefessen, und heute wohnt dort in den allerärmlichsten Verhältnissen eine junge Familie. Die Zelle ist knapp zwei Meter breit und 4 1/2 Meter lang. Dafür müssen 21,50 Mark monatliche Miete bezahlt werden! Bis zum Juli 1932 kostete diese Zelle sogar 26,50 Mark Miete. Auf dem Gang steht in einer Krippe ein nacktes, vielleicht einige Monate altes Kind. Die Frau kann das Kind nicht in die „Wohnung“ nehmen, da es dort von Wanzen aufgetrieben würde. Der Wohlfahrtsarzt hat schon verschiedentlich Atteste ausgestellt, daß die Kinder von Wanzenbissen überfät waren. In allen Zellen hängt die Wäsche, da es weder Böden noch Keller gibt. Teilweise sind auch die alten Beamtenwohnungen neu hergerichtet worden. Die Wände sind dermaßen dünn, daß sie beim Anfaßen in jeder beliebigen Richtung wackeln. Die Türfüllungen sind aus alten Kistenbrettern zusammengenagelt. Die unglückseligen Bewohner haben sich alte Decken vor die Türen gehängt, damit durch die Ritzen nicht jeder in die Wohnlöcher sehen kann. Was ist eine Eisentür eingeseigt, mal eine Holztür, gerade wie man es auf einem Wrack gefunden hat.

Keine der Zellen hat eine Kochmaschine. Trotz der wahnwitzigen Miete hat jede Familie sich einen eisernen Kochherd oder meist die billigen Baubehälter selber stellen müssen. Wo aber noch nicht einmal Abzugrohre sind, müssen sich die Menschen mit einem Spirituskocher begnügen. Diejenigen, die am Ende des Zellenganges eine „Toilette“ haben, sind beinahe glücklich zu preisen. Denn in dem einen Teil dieses ehemaligen Gefängnisses, in dem bereits seit 5 Monaten Menschen wohnen, ist bis heute weder Klosett noch Wasserleitung! Über in einer düsteren Ecke liegt ein alter Schutthausen, hier verrichten die Menschen ihre Notdurft. Für diese Zustände stimmt einmal das Wort „unbeschreiblich“, was das nicht gesehen hat, der glaubt es einfach nicht, daß Menschen hier überhaupt wohnen können. So gehen auf ein Klosett 14 Familien.

### Beispielloser Mietwucher.

Über die 21,50 Mark Miete für die Zellen sind beinahe noch billiger gegenüber den Mietpreisen für die hergerichteten und geteilten Beamtenwohnungen. Für einen einzigen Raum ohne Licht, ohne Klosett, ohne Wasserleitung werden bis zu 32 Mark verlangt und bezahlt! Dabei haben diese Wohnlöcher noch nicht einmal einen Kochherd. Ein Zellengang hat auch immer nur eine Wasserleitung, mitunter ist der Auszug so hoch, daß kleinere schwache Frauen gar nicht einen Eimer ausgießen können. Die alten Zellengänge haben auch keine Nachtbeleuchtung, wer nicht ortsfundig ist, kann sich in der Dunkelheit in den Dielenlöchern alle Knochen brechen. Wenn jemand an die Tür klopft, rieselt der Puff von den Wänden. Da anscheinend seit Fritz Reuters Zeiten die hohen Wände an den turmartigen Aufgängen nicht mehr gewaschen wurden, klebt der Dreck eines Jahrhunderts fingerdick an der Wand. Die Luftlöcher in den Zellen haben die Menschen mit alten Strümpfen oder Papier verstopft. Die Lichtklappen oben auf dem Dach sind so undicht, daß der Regen ins Haus fällt. Natürlich haben die Zellen keine Dielen, sondern nur Zementfußböden, und nirgends ist im Hause eine Scheuerleiste. Fährt man das Treppengeländer an, hat man es plötzlich in der Hand, so wackig ist es. Eine alte Frau beteuert: „Wenn das mein Mann wüßte, wie ich hier haue, so hat unser Kohlenkeller nicht ausgesehen! 17 Jahre halte ich hier nun schon aus!“ Auf den düsteren Zellengängen ist an einer Stelle nicht einmal mehr die Fußbodenheizung, vielfach sind die Fensterkreuze durchsaut. Bei einem etwa ausbrechenden Feuer ist der größte Teil der Mieter rettungslos verloren. Und da wagt man es noch, drei Räume, von denen zwei keine Fenster haben, als 1 1/2-Zimmer-Wohnung für monatlich 35 Mark zu vermieten! Das Wohnungsamt hat es deshalb auch abgelehnt, die „Wohnungen“ noch weiter in seiner Kartothek zu führen, Wohnungsfuchende werden von den Behörden nicht mehr nach der ehemaligen Stadtvogtei vermittelt.

### Ausblick nach dem Totenhof.

Die 110 Familien, die zum Teil nur einen Ausblick nach dem graulichen Totenhof haben, wo früher die Hinrichtungen vollzogen wurden, haben sich jetzt einen Mieterauschuss gewählt, der nicht eher zu ruhen gemillt ist, bis dieser ungläubliche Skandal am Molkenmarkt beseitigt ist. So wird zuerst eine 50prozentige Herabsetzung der Wuchermieten gefordert. Dann Lösung des Erbpachtvertrages

mit den Schippanowski-Erben und Uebernahme der Grundstücksverwaltung wieder durch den preussischen Staat. Dazu kommen dann eine Reihe anderer Forderungen, wie Wasserleitung, Klosetts, Wäscheküchen, Einlegen von Dielen usw. Der rührige Mieterauschuss ist auch bereits bei den verschiedenen Fraktionen des Preussischen Landtags vorstellig geworden. So wird dieser Skandal auch demnächst im Preussenparlament zur Sprache kommen.

### Wieder großer Dachstuhlbrand.

Die Feuerwehr wurde in den gestrigen Nachmittagsstunden nach der Tegeler Straße 4 gerufen, wo im Dachstuhl des Quergebäudes gegen 17 Uhr Feuer ausgebrochen war.

Als drei Löschzüge in kurzen Abständen an der Brandstelle eintrafen, stand der Dachstuhl in seiner ganzen Ausdehnung bereits in heißen Flammen. Eine ungewöhnlich starke Qualmentwicklung erschwerte die Löschaktion. Der Rettungswagen mußte nachalarmiert werden, um die Löschtruppe mit Rauchschutzhelmen versehen zu können. Fünf Schlauchleitungen wurden in Betrieb genommen. Es dauerte nahezu zwei Stunden, ehe es gelang, das Feuer einzukreisen. Der Dachstuhl brannte trotz aller Bemühungen

der Feuerwehr herunter. Der Feuer Schaden und der Wasser Schaden in den oberen Stockwerken ist erheblich.

Wie auch an den Vortagen hatte die Berliner Feuerwehr im Laufe des gestrigen Tages eine Reihe von Kohlenbränden auf Lagerplätzen und in Kellern zu bekämpfen. In allen Fällen konnte größerer Schaden durch das umsichtige und tatkräftige Eingreifen der Löschzüge verhütet werden.

### Transozeanflug geglückt.

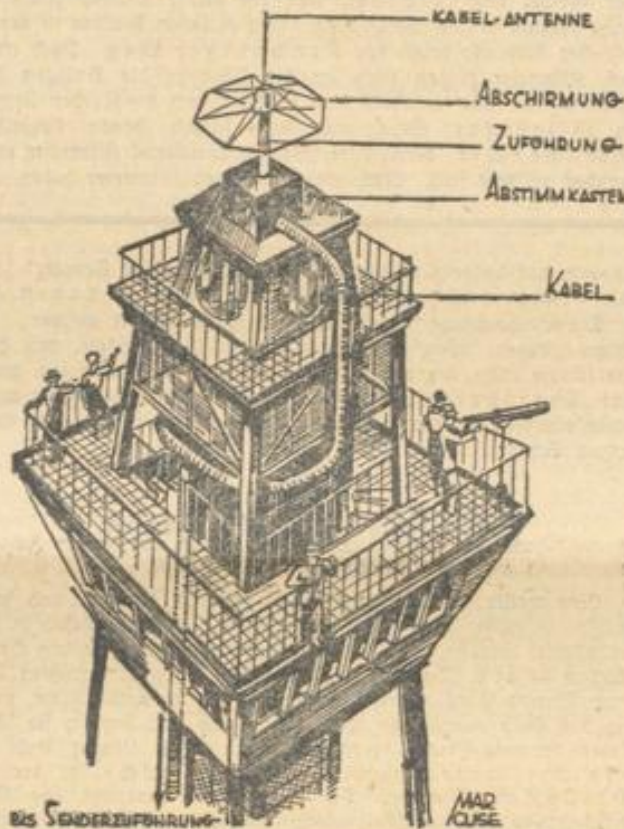
In Ost-West-Richtung.

Halifax, 19. August.

Der Transozeanflieger Mollison, der zuletzt gestern abend von dem kanadischen Frachtdampfer „Beaverbrae“ gesichert worden war, hat heute Halifax mit Kurs auf New York überflogen. Mollison ist damit der erste Flieger, dem es gelungen ist, den Ozean in ostwestlicher Richtung ohne Begleiter zu überfliegen.

Nach einer weiteren Meldung ist Mollison in Pennsylvanien bei St. John in Neu-Braunschweig gelandet. Er hat die rund 4023 Kilometer lange Strecke Dublin-Halifax in 24 Stunden 10 Minuten zurückgelegt. Sein Flug ist insofern bemerkenswert, als er die erste Ueberfliegung des Atlantischen Ozeans durch einen leichten Eindecker darstellt. Mollison, der sofort nach der Landung in Pennsylvanien seine Frau, die Fliegerin Amy Johnson, von dem Gelingen des Ozeanfluges benachrichtigte, wird zunächst eine kurze Rast in St. John halten, um sich von den Strapazen des Fluges auszuruhen und dann nach New York weiterzufliegen.

# Finger Berlins auf dem Funkturm



Der Finger Berlins, die Kabelantenne des neuen Ultra-Kurzwellensenders auf der Spitze des Funkturms.

Die Ultrawelle dient nicht wie die Kurzwelle nur für sehr große Entfernungen, sondern im Gegenteil, vorläufig nur für

sehr kleine Entfernungen als Träger für Sprache und Musik. Ihre Reichweite ist nicht viel größer als die der Lichtstrahlen, d. h. man wird nicht viel weiter senden können als man sehen kann. Deshalb hat man sich für den ersten starken (15 Kilowatt) Ultra-Kurzwellensender den 138 Meter hohen Berliner Funkturm ausgesucht, auf dem sich seit wenigen Wochen, wie ein Wahrzeichen der diesjährigen Funkausstellung, die nur zwei Meter hohe Stabantenne erhebt. Denn vom Funkturm aus kann man mit den Ultra-Kurzwellen nicht anders als mit dem Auge, das Stadtbild Berlins und seiner Umgebung viel weiter „übersehen“ als von jedem anderen Punkt der Stadt. Uebersehen im wahren Sinne des Wortes; denn der neue Ultra-Kurzwellensender wird in erster Linie vorläufig Fernseh-zwecken dienen. Alles ist noch im Anfang der Entwicklung, und man weiß nicht, ob es nicht vielleicht sogar gelingt, mit der 7-Meter-Welle des neuesten Berliner Senders noch weit über das Berliner Stadtgebiet, ja über den „optischen Horizont“, hinaus, Bezirksempfang zu ermöglichen. Den Besuchern der Funkausstellung aber wird diesmal eine ganz besondere Sensation geboten; von Zeit zu Zeit nämlich soll, anstatt über die 2-Meter-Antenne des Funkturms, über eine Spule, die in einer Kugel endet, gesendet werden, vor den Augen der Besucher, die das Wunder erleben, wie das strahlende Lichtbüschel, das sichtbar aus der Kugel tritt, hörbar die Modulation des Senders wiedergibt. Man sieht die Musik aus demether entstehen und kann dieses Wunder gleichzeitig mit seinen Augen und seinen Ohren wahrnehmen.

Für die Funkausstellung, die bis 28. August in den sechs Funkturmhallen stattfindet, ist der Eintrittspreis um 33% Proz. auf 1.— M. ermäßigt worden. Jede gelöste Eintrittskarte berechtigt zur Teilnahme an einer großen Geschenkwahl, bei der u. a. wertvolle Radioapparate, Superhets und Schronapparate verlost werden. Die Ausstellung ist täglich in der Zeit von 9 Uhr 30 bis 20 Uhr geöffnet. Die Berliner Funkstunde sendet nachmittags und abends ihr Programm aus dem Funkturm. Jeder Ausstellungsbesucher hat die Möglichkeit, den Sendearbeiten beizuwohnen. Bei ungünstiger Witterung erfolgt die Sendung aus der Halle II, die 10 000 Besuchern Platz bietet.

### Halb aus dem Wasser.

Der „Niobe“-Tragödie letzter Teil.

Kiel, 19. August.

Im weiteren Verlauf der Bergungsarbeiten bei dem „Niobe“-Wrack wurden die Hebeschiffe wieder leergepumpt. Dadurch wurde die „Niobe“ weiter aus dem Wasser gehoben. Größere Teile des Vorder- und Mittelschiffes tauchen auf. An der Vorderseite sieht man drei Bullaugen, von denen die beiden vorderen veranagelt sind. Aus dem zweiten Bullauge ragt noch der Schlauch heraus, mit dem das Vorschiff leergepumpt worden ist. An der Steuerbordseite hängt der Anker an der Klüse, der Backbordanker hängt an der Reling. Auf Deck herrscht stärkste Unordnung. Das Vorschiff liegt bis hinter die Ankerwinde frei. Das Hinterschiff liegt noch immer unter Wasser. Die Niedergänge sind dicht gemacht. Man sieht die Spuren der an Deck zur Beseitigung der Hindernisse und Latelage erfolgten Sprengungen. Als die „Niobe“ angehoben war, zog der Schlepper „Simson“ das ganze Schleppsystem mit dem Heck näher an das Land heran. Dadurch hat sich die „Niobe“ vollkommen gedreht. Während sie bisher den Steuerbordbug dem Lande zuehrte, sieht man jetzt von Backbordseite auf das Deck.

### Lastauto mit Kindern verunglückt.

Vier Verletzte. — Zwei Tote des Motorradverkehrs.

Auf der Landsberger Chaussee ereignete sich gestern nachmittag ein folgenschwerer Autounfall, bei dem vier Schüler Verletzungen erlitten.

Auf einem Lastauto befanden sich zahlreiche Kinder, die einen Ausflug gemacht hatten. Auf der Heimfahrt nach Berlin, unweit des Wriezener Bahnüberganges, verlor das Lastauto die Kontrolle und prallte gegen einen Baum. Vier Kinder wurden verletzt. Die Verunglückten, der 16 Jahre alte Erich Meißner aus der Kochmannstraße 27, der 13jährige Herbert Kuhl aus der Kochmannstraße 18, der 15 Jahre alte Heinrich Rajke aus der Kochmannstraße 11 und der elf Jahre alte Hans Joachim Krug aus der Kochmannstraße 12, wurden durch einen Automobilisten zur nächsten Rettungsstelle ge-

bracht, wo ihnen erste Hilfe zuteil wurde. Die Verletzungen stellten sich durchweg als nicht gefährlich heraus.

In Alt-Biesdorf stieß der 20 Jahre alte Günther Gerloff, Sohn des Bürgermeisters aus Landsberg an der Warthe, mit seinem Motorrad mit einem Lastauto zusammen. Das Rad wurde völlig zertrümmert. Der junge Mann wurde mit schweren Verletzungen bewußtlos ins St. Antonius-Krankenhaus nach Karlshorst übergeführt, wo er einige Stunden nach seiner Einlieferung starb. — Ein zweiter tödlicher Motorradunfall ereignete sich auf der Teletower Chaussee. Dort fuhr der 22 Jahre alte Johannes Radtke aus der Marienfelder Straße 23 in Richtung gegen einen Baum. R. stürzte so unglücklich, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

### Europa-Rundflugstart in Tempelhof.

Nachdem am Freitag die technischen Prüfungen für den Europa-Rundflug in Staaten abgeschlossen wurden, werden die noch in Wettbewerb befindlichen 41 Teilnehmer am Sonnabend nachmittag von 5 Uhr an ihre Maschinen von Staaten nach dem Zentralflygplatz Tempelhof überführt.

Am Sonntag früh 7 Uhr erfolgt dann der Start zum Streckenflug quer durch Europa.

### Ueberfall auf Zeitungshändler.

An der Ecke Müller- und Schulzendorfer Straße wurde gestern abend ein Warm-Zeitungshändler von S. u. Leuten überfallen und mißhandelt. Die Raubbanditen entrißen dem Händler die Zeitungen und warfen sie auf der Straße umher. Durch das rechtzeitige Eingreifen des Ueberfallkommandos gelang es, noch vier der Stroche festzunehmen.

In der Breitestraße in Spandau wurde gestern an der Straßenbahnhaltestelle ein Polizeihauptmann in Zivil von einem Hakenkreuzler angepöbel. Als sich der Beamte die Belästigung verbat, wurde der Nazi tödlich. Mit den Worten: „Sie sind auch so einer, ich werde schon für ihre Abfertigung sorgen“, schlug der Bürsche auf den Schupo Hauptmann ein. Der Täter kam jedoch an den Unrechten. Der Polizeibeamte überwältigte in dem sich entzündenden Handgemenge seinen Angreifer, und später wurde der Nationalsozialist der Politischen Polizei übergeben.



# Ein Ausweg aus der Not.

Produktive Darlehen statt unproduktiver Unterstüßungen.

Milliardensummen sind jährlich an unproduktiver Unterstüßung herausgegangen, ohne daß man den Versuch gemacht hat, mit diesen Summen wirtschaftliche Werte zu schaffen und damit die Arbeitslosigkeit zu mildern. Um so größeres Aufsehen dürfte deshalb eine Veröffentlichung erregen, die die Zeitschrift der freien Gewerkschaften „Bauen, Siedeln, Wohnen“ in ihrer neuesten Nummer unter dem Titel: Umwandlung der unproduktiven Wohlfahrtsunterstüßungen in produktive Bau-darlehen vorgenommen hat. In einer sorgsam errechneten Tabelle wird festgestellt, welchen Betrag eine Stadt bei einer 27wöchigen Beschäftigung von Wohlfahrtsverwerbslosen bei Herstellung von Bauten dem Bauherrn je geleistetes Wohlfahrtsverwerbslosentagewerk geben kann, ohne daß ihr eine Mehrausgabe gegenüber der Unterstüßungsleistung bei Nichtarbeit entsteht.

Der aus der Praxis stammende Vorschlag beruht auf folgender Ueberlegung: Würde ein Wohlfahrtsverwerbsloser Arbeit finden und wenigstens während 26 Wochen innerhalb eines Jahres von seinem ersten Arbeitstag an beschäftigt sein, so würde er für weitere 20 Wochen in die Arbeitslosenfürsorge (Alu) und für weitere 38 Wochen in die Krisenfürsorge (Kru) gelangen und während der 20 Wochen in der Alu die städtischen Finanzen überhaupt nicht und während der 38 Wochen in der Kru nur mit einem Fünftel der Kru-Unterstützung belasten. Findet der Wohlfahrtsverwerbslose dagegen keine Arbeit, so fällt er in der Gesamtzeit 26 + 20 + 38 = 84 Wochen dem städtischen Wohlfahrtsamt zur Last. Da wohlfahrtsverwerbslos gewordene Arbeiter von sich aus kaum wieder Arbeit finden, kann damit gerechnet werden, daß sie die Gesamtzeit wohlfahrtsverwerbslos bleiben, es sei denn, daß die öffentliche Hand Bauten finanziert oder sie wenigstens finanziell fördert und dabei Wohlfahrtsverwerbslose beschäftigt oder beschäftigen läßt. Man kann also den Wohlfahrtsunterstützungsbetrag für die genannten 84 Wochen dazu benutzen, um während 26 Wochen Arbeit zu ermöglichen. Die Tabelle weist nach, daß man dieselben Aufwendungen macht, gleichgültig ob man für 85 Wochen Wohlfahrtsunterstützung von 15 M. in der Woche gibt oder einen städtischen Zuschuß von 7,20 M. in 27 Wochen bezahlt.

Für den Kommunalpolitiker, der bei spärlichsten Gemeindefinanzen mit der Sorge um die Bereitstellung der Wohlfahrtsunterstützungsgelder befaßt ist, sind die Berechnungen der genannten Zeitschrift von großem Interesse.

# Zusammenbruch einer Kozilüge.

„Waffen von Kommunisten abgenommen.“

Es gibt auch gewissenhafte SA-Leute, die der Parole nicht Folge leisten, in jedem Falle eines Waffenfundes zu behaupten, die Werdwertzeuge seien politischen Gegnern abgenommen worden.

Zwei SA-Leute Koch und Fengler wurden eines Abends auf der Straße von der Polizei angehalten und nach Waffen durchsucht. Man fand bei Koch einen Trommelrevolver und ein feststehendes Messer. Auf dem Polizeirevier erklärte er, die Waffe sei einer Keilerei eines Kommunisten abgenommen zu haben. Fengler bestätigte das. Vor dem Schnellschöffengericht widerrief Koch ganz unerwartet seine polizeiliche Aussage, er behauptete nun, die Waffe von Fengler erhalten zu haben. Dieser jedoch blieb bei seiner ursprünglichen Aussage. Der Vorsitzende hielt dem Angeklagten Koch seine widersprechenden Darstellungen vor; er, der Richter, wisse nicht, was Koch veranlasse, jetzt Fengler zu belasten, jedenfalls wäre es eine Schuterei, ihn hässlicherweise zu beschuldigen. Als dann der SA-Mann Kern ausfragte, Koch habe ihm selbst gesagt, er habe die Waffen einem Kommunisten abgenommen und Koch sich weigerte, auf diese Aussage etwas zu erwidern, da brannte die Empörung des Richters über ein derartiges Verhalten lästerlich. Nun geschah aber etwas ganz Unerwartetes. Ein Mann im Zuhörerraum machte Zeichen. Der Staatsanwalt teilte das dem Richter mit, dieser rief dem Mann zu: „Was soll das bedeuten!“, worauf der Mann: „Die beiden Herren lügen, ich verleihe den Saal.“ Er mußte aber da bleiben, vor den Richterlich treten und sich ausweisen. Es war der Keilner K. Er sagte: „Fengler hat mir selbst erzählt, daß er Koch den Revolver gegeben hat. Anfangs sollte ihn der Zeuge Kern bekommen, da aber seine Hosentasche zerrissen war, nahm ihn Koch an sich.“ Nun mußte Fengler gestehen, daß tatsächlich er den Revolver Koch gegeben habe, wie er nun be-

# Wanderung in die Vorgeschichte

Rund um den Sakrower See

Die Verkehrsmittel gestatten es, auch zum gewöhnlichen Tarif die weitere Umgebung Berlins zu erreichen. Eine der schönsten Landschaften außerhalb der Grenzen Berlins ist das Gebiet um Sakrow. Wir benutzen die Straßenbahn nach Spandau (Linien 58, 75, 84, 154) und steigen hier auf die Autobuslinie A 34 um. Allerdings muß man sich vorher genau darüber unterrichten, ob



Schützt die Römerschanze

die Fahrzeit nach Spandau nicht so lang ist, daß sie die Umstelgeberechtigung überschreitet. Die Autobusse A 34 verkehren in halbstündigen Abständen.

Von Spandau aus fahren wir dann am rechten Havelufer über Gatow nach Kladow. An der alten, idyllisch gelegenen Kirche beginnt unsere Wanderung. Wir verlassen Kladow in genau westlicher Richtung durch den Kramptner Weg. Nach etwa zwei Kilometer stoßen links an die Chaussee die Anlagen der Zünderwerke. Wir wandern nun zwischen dem im Norden liegenden Gliener See und dem südlich davon liegenden Sakrower See, deren Ufer hier nur dreiviertel Kilometer voneinander entfernt sind. Nach einem weiteren Kilometer haben wir

eine Waldschneise erreicht, die in südwestlicher Richtung nach weiteren drei Kilometern zur Römerschanze führt, einem reizvoll am Lehnhilsee gelegenen altgermanischen Burgwall. Um die Bedeutung des Namens „Römerschanze“ ist viel gestritten worden. Die alten Römer haben diese Anlage sicher nicht geschaffen. Vielleicht handelt es sich um eine vorrömische Umgestaltung der Bezeichnung „Räuberchanze“. Nach den Forschungen Professor Schuchards muß der Wall Jahrhunderte vor Beginn unserer Zeitrechnung an dieser strategisch günstigen Stelle angelegt worden sein. An den Eingängen finden wir Tafeln, die das Betreten der Böschungen des Walles im Interesse seiner Erhaltung unterlagen. Das Innere des etwa 50 Meter breiten Ringes, der einst Zufluchtsort bedrohter Menschen war, ist von Gras, Sträuchern und Bäumen erfüllt. Die Legende weiß zu berichten, daß der Wall von den Wenden erobert wurde, die dann von hier aus in die Schlacht bei Groß-Glienicke gezogen seien, die für sie unglücklich ausging.

Südlich von der Römerschanze kann man sich nach Redlig überlegen lassen und von hier nach Potsdam wandern. Ein anderer Weg führt in östlicher Richtung nach etwa zwei Kilometer durch schönen Wald zur Försterei Jedlig. Von hier gehen wir in südlicher Richtung oder auch zum Sakrower See und an diesem entlang nach Sakrow. Durch den Schlosspark kommen wir zur Heilandskirche am Port, die in der Geschichte der Functen eine bedeutsame Rolle gespielt hat. Hier machten Professor Slaby und Graf Arco ihre ersten großen Versuche zur Erprobung der von ihnen gebauten Functanlage. Eine Gedenktafel am Turm der Kirche, die die Antenne trug, erinnert an diese Arbeiten.

Wenn man zunächst an den Ufern der Havel in der Richtung auf Kladow weiterwandert, kommt man in das landschaftlich reizvolle Gebiet der Fuchsberge. Wenn man inmitten der Waldhügel sieht, glaubt man nach Thüringen verlegt zu sein. Wir verlassen die Berge in der Richtung nach der Havel und wandern nach Kladow zurück, von wo wir die Heimfahrt antreten. Man kann sich aber auch in Sakrow mit der Motorfähre überlegen lassen, am anderen Havelufer über Moorlake an der Pfaueninsel vorüber nach Wannsee wandern und von hier die Heimreise antreten. Auch von Kladow aus kann man sich nach Wannsee überlegen lassen.

Weglängen: Kladow-Römerschanze 6 Kilometer, Römerschanze-Sakrow 4 Kilometer, Sakrow-Kladow 5-6 Kilometer. Zusammen 15-16 Kilometer. Sakrow-Wannsee 6 Kilometer, Redlig-Potsdam-Hauptbahnhof 6 Kilometer.

haupte, auf dessen Ersuchen. Die „Anarre“ wollte Fengler“ sich von einem anderen SA-Mann besorgt haben.

Die Verhandlung konnte nicht zu Ende geführt werden. Es fehlten Zeugen. Von Interesse ist allein die Tatsache, daß hier eine frivole Lüge, die von den Führern und den Geführten, wenn nicht „Verführten“, vor Gericht immer wieder aufgetischt wird, endlich einmal durch die angeklagten Nationalsozialisten selbst in ihrer ganzen Schamlosigkeit enthüllt wurde.

# Zerriffene Dollarscheine.

Warum Lina Prügel bekam.

Lina wollte gut leben und schnell zu Geld kommen und auch ihr Freund sollte es gut haben. Der erste Diebstahl geschah in der Schönhauser Straße, wo Lina einer Arbeitskollegin — einem Hausmädchen — 300 Mark stahl. Sie gab davon den größten Teil ihrem Freund Paul und nahm erst wieder eine Stellung an, nachdem das Geld ausgegeben war. Aber auch hier begann sie schon wieder, trumme Finger zu machen. Bei einem Umzug stahl sie vier Brillantringe und eine Brieftasche, in der sich 200 Dollar befanden. Die Ringe wurden verlegt, das Geld verjubelt und Freund Paul erhielt von seiner Lina die Brieftasche zum Geschenk, nicht aber die 200 Dollar. Die bohlt Lina für sich. Dann mußte Lina die Entdeckung machen, daß Paul ihr untreu wurde. Sie stellte den Untertanen zur Rede und erinnerte ihn an die Einbruchdiebstähle, die sie sozusagen für ihn begangen hatte.

Paul war sehr ergrimmt. Seine Mut steigerte sich aber ins Uferlose, als Lina ihm sagte: „Ich hab' dir doch mal 'ne Brieftasche geschenkt! Was da drin war, daß hast du aber nicht bekommen. Nämlich 200 Dollar.“ Paul sah, wie das Mädchen ihm das Geld unter die Nase hielt. Er wollte es ihr wegnehmen. Da fiel Lina fort, zertrü die Scheine und spülte sie im Waschkübel mit Wasser fort. Lina bekam eine Tracht Prügel und das alte bürgerliche Verhältnis kam wieder zustande. Bei den Nachforschungen der Polizei kam man den beiden aber auf die Spur und nahm sie fest. Sie hatten alles, bis auf eine Uhr, die sie neben anderen Früchten in der Invalidenstraße gestohlen hatten, verlegt.

# Erste Sitzung des Berliner Sondergerichts.

Ein Kommunist und ein Nationalsozialist als Angeklagte.

Am 24. August wird das Sondergericht Berlin seine erste Sitzung abhalten. Zur Aburteilung steht der Zusammenstoß, der am 13. August in der Pröskauer Straße zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten stattfand. Angeklagt ist der Kommunist Schmitz des schweren Landfriedensbruchs und der Begehung einer Gewalttätigkeit mit einer Schußwaffe, sowie der Nationalsozialist Bickel wegen unerlaubten Führens einer Schußwaffe.

Der Kleingartenverein Grüne Alee E. V. in Pichtenberg. An der verlängerten Thoenstraße, veranlagt vom 21. bis 23. August eine Blumen- und Obstausstellung. Fahrverbindungen: Ringbahn-Endstation Sandberger Alee, Straßenbahn Nr. 64 und 176 bis Steuerhaus, Sandberger Alee.

# Gerhart Herrmann Mostar:

# Anja.

5]

Wir sehen uns lange an, wortlos. Natürlich geht's mir durch den Kopf, der Weg ihrer Familie mußte ja hier vorbeigeführt haben... „Kanu, man kennt sich?“ fragt der Ingenieur, verbut lärmend... Ich gebe ihr die Hand, sie will sie nehmen, zieht ihre Hand auf halbem Wege zurück, legt sie vor die Augen, wendet sich um, weint.

„Na aber, na aber, Anjitschka, Anjalein...!“ stottert hilflos der Ingenieur, faßt um ihre Schulter, sie nimmt mit der freien Hand seinen Arm, legt ihn weg, wirklich, so sieht das aus, wie ein Begleiten.

Ich stehe auf, um zu gehen, in das nette, saubere Zimmer über der Kantine, das fortan mir gehören soll. Aber ich weiß, ich werde keine Freude mehr daran haben.

Wie ich in der Tür stehe, sagt Anja zum Ingenieur: „Ich möchte... ich kann heute nicht bleiben... das Kind... müde...“

Auch sie tritt in die Tür

Der Ingenieur nimmt einen schnellen, tiefen Schluck, grinst. „Na, da gehen Sie man mit“, sagt er zu mir, „trösten Sie ein bißchen die Gospodjiga! Können mir ja morgen berichten, oder nachher noch, bleibe auf, bin riesig neugierig!“

Es überwältigt mich, die Nichtswürdigkeit, seine, meine, Anjas Nichtswürdigkeit, alle Nichtswürdigkeit. Ich trete auf ihn zu, will ihm eine herunterhauen, ihn vor den Bauch treten, ich weiß auch nicht was ich will, aber ich tue es nicht, der Winter draußen, der Winter... Ich verbeuge mich kurz grüßend, und schäme, schäme mich so... Mensch, was bist du für ein klägliches Gewächs aus Not und Niedertracht, du Kretin von einem Vagabunden.

Wir gehen, Anja und ich, wir stehen draußen, Schnee weht im Sturm. Wir sprechen nichts, an der Ecke der Kantine will ich mich verabschieden. Aber Anja hält meine Hand fest und zieht mich mit sich. Ich folge.

Ihr Zimmer ist mit häßlichsten Buntdrucken verziert, aber es ist geräumig und sehr sauber, in einem Wägelchen liegt das Kind und schläft. Ich denke an sein erstes Lager in

der Asche neben dem Feuer. Was ist besser für das Kind, die Asche in den Bergen oder das Bett im Tal? Was ist besser für diese Mutter...?

Anja spricht noch nicht, aber sie beginnt, zusammenzupacken, sie tut Kleider, Ehre, Rissen in einen Rucksack, weiß der Teufel, woher sie dies westliche Instrument hat, sie nimmt sorgsam die Buntdrucke von den Wänden und rollt sie zusammen. Ich begreife sie nicht, halte jetzt ihre Hand fest.

Wie versteht sie das nur, wie seltsam? Sie zerreiht die Buntdrucke... Und dann sagt sie einfach: „Ich will mit dir. Ich will nicht hier bleiben. Ich kann nicht hier bleiben. Nimm mich mit dir.“

Mir wird fast übel vor Schreck. Sie glaubt, ich will weiter. Sie weiß nicht, daß ich hier eine bleibende Statt gefunden habe. Ich muß es ihr sagen...

„Wir gehen zu meinen Angehörigen, kommst du mit?“ fragt sie.

Da kann ich es ihr nicht sagen...

Sie tut Decken über das Kind, zieht das kleine Berbed des Kinderwägelchens hoch, faßt an seinen Griff, schiebt ihn der Tür zu.

„Bleib?“ frage ich zitternd.

Sie nickt. „Bitte, bitte, sonst läßt er mich nicht!“

Run nicke ich, muß ich nicken. „Ich gehe nur noch und hole meine Sachen!“ sage ich.

Sie läßt mich gehen, sie vertraut mir, obwohl ich sie jetzt täuschen will, irgendwie täuschen — nun kann ich es nicht mehr, dies Vertrauen macht mich zimmerlos.

Ich schleiche mich in mein Zimmer, packe. Unten im Kantineerraum lärmten noch einige trinkende Arbeiter, in den Fenstern des Berkes gegenüber brennen einige Lichter. Das ist also die Industrialisierung des Balkans... vielleicht nur die eins, die seelische Seite sozusagen, die ist dargestellt in Anjas Schicksal, ich habe die Antwort auf diese Frage, die mir entgegenrat bei Hassans Begräbnis.

Und ich — sogar ich bin ihr indirektes Opfer. Ich werde nun mit einer Frau und einem Kinderwagen über die winterlichen Straßen des Balkans zorteln, ein Don Quixote des Vagabundentums. Zu Fuß und ohne Geld, mit einem Weib und einem Kind, die mir nicht gehören.

Ich lache gellend auf, ein einziges Mal, das kann ich mir noch einmal leisten, ich bin noch einmal allein. Dann gehe ich und hole Anja.

Ich stehe an der Kimmung der Planina und blide hinab: stiel unter mir liegen die vier festen Häuser, die Anjas Familie gehören. Ich fühle nach der Tasche, ob die kostbare, leichte Last noch da ist, die ich darin trage: ich komme aus der einen Tagmarja weiten, winzigen Stadt, auf deren Postamt ich Briefe in Empfang genommen habe, Briefe aus Deutschland, sogar ein Päckchen ist dabei; es ist Weihnachtspost...

Die da unten feiern heute ihr Weihnachten, das ist so üblich bei den Romadenhirten des Balkans, daß Winterjonnwend und Weihnachten zusammen gefeiert werden, heute, am einundzwanzigsten Dezember. Die vierzehn Tage, die ich nun mit Anja unter ihnen weise, sind mit Vorbereitungen auf diesen Tag ausgefüllt gewesen.

Ich blide auf die Rauchfahnen, die den Dächern im Schindeldach geruhfam entsteigen, denn nicht weniger als zehn Schafe werden am Spieß gebraten, ich denke daran, wie seltsam das ist, daß ich hier Weihnachten feiern werde, wie seltsam das war, dieser dreiwöchige Wanderweg hierher. Es war sehr gut gegangen. Anja hatte nicht geduldet, daß ich in den Hütten am Wege um etwas bat; sie hatte viel von ihrem Lohn erspart, sie hatte alles bezahlt, wir hatten, wo es ging, in den Gostionas gegessen und übernachtet. Sie waren nicht so schmutzig gewesen, wie ich gefürchtet hatte, diese Gostionas, und Anja war immer froher geworden, je näher sie ihrer Heimat kam; ich aber war immer traurig gewesen, war mir etwas schäbig vorgekommen, und nur wenn ich sah, wie viel ich Anja war, fand ich eine Entschuldigung für das groteske Bild dieses seltsamen Wanderns zu dreien.

Ich stieg hinab, und Anja kam mir auf halbem Wege entgegen. Es war merkwürdig: gerade heute, am Tage des Festes, war sie mir und traurig und ängstlich geworden; ich begriff das nicht; ihre Angehörigen hatten sie und auch mich mit selbstverständlicher und auch freundlicher Geste aufgenommen, niemand hatte nach Anjas Erlebnissen im Sägewerk gefragt, niemand wußte etwas davon, außer mir; sie war damals im Einverständnis mit den andern zurückgeblieben, um zu arbeiten, sie hielt ihren Kummer um Hassan Chardan in der halben Beschäftigungslosigkeit des Heimwanderns nicht aus. So hatte sie gesagt, so war es ihr geglaubt worden, so war es ursprünglich wohl auch gewesen.

(Fortsetzung folgt.)



# Neue Siedlung im Osten.

## Das aufblühende Neuenhagen.

Ein gutes Siedlungsprojekt mit dem besten Grund und Boden wird für den Wertvollen nur oft stark entwertet, wenn es an ausreichenden Verkehrsmöglichkeiten mangelt. Was nützt die schönste Lage an See und Wald, wenn für den täglichen Weg von der Wohnung zur Arbeitsstätte zweimal zwei Stunden in Anschlag gebracht werden müssen. Keineswegs steht es mit der Gelegenheit zum Einkauf für die Hausfrauen. Wenn sie erst mit der Bahn in die Stadt fahren müssen, um einzukaufen, dann hätten sie auch in der Stadt bleiben können. Das Vorhandensein eines einzelnen Krämers ändert daran nicht viel, denn er wird sofort Monopolpreise für seine Waren nehmen, da die Konkurrenz am Ort fehlt. Es ist deshalb immer gut, wenn sich ein Siedlungsprojekt an eine schon bestehende Ortschaft anlehnt. Dies ist zum Beispiel bei der jetzt entstehenden Großsiedlung Neuenhagen-Süd der Fall.

So hat die Vorortstrecke Strausberg-Berlin einen halbtägigen Zugverkehr: bis zum Schlesischen Bahnhof beträgt die Fahrzeit 28 Minuten. Der Preis der Siedlerkarte beträgt 25 Pfennig. Und in Neuenhagen kann man so gut wie alles kaufen, ohne übers Ohr gehauen zu werden. Hinzu kommt der anerkannt gute Boden, den die östliche Umgebung von Berlin hat, wo man sich schon mit einiger Zuversicht an den Obstbau wagen kann. So sind in Neuenhagen-Süd bereits 1200 Parzellen verkauft worden; insgesamt sollen hier einmal etwa 30.000 Menschen zwischen Wald und Heide angesiedelt werden. Der Kaufpreis einer Parzelle beträgt augenblicklich 945 Mark. Davon sind 95 Mark anzuzahlen, der Rest ist in Monatsraten von 2,50 Mark zu tilgen.

Der ältere Teil der Siedlung hat bereits gepflasterte Straßen, Wasserleitung, elektrisches Licht mit Straßenbeleuchtung. Für die neuen Siedlungsabteilungen wird nächstens mit dem Straßenbau begonnen; der monatliche Beitrag des Siedlers zur Pflasterkasse beträgt 2,80 Mark. Durch besondere Abkommen konnte man diesen billigen Preis erzielen. Wer also noch Arbeit hat und die augenblicklichen niedrigen Baupreise ausnützen will, kann in einer schönen Gegend unter günstigen Bedingungen Siedler werden.

## Schreckenstat einer Mutter.

### Zwei Kinder im Dorsteich ertränkt.

Striegau, 19. August.

Eine in Johndorf bei Gärndorf wohnende Frau hat ihre beiden Kinder im Alter von 3 bis 5 Jahren in die Schaffswenme geworfen. Dann lief sie zum Landjäger und machte ihm von der Tat Mitteilung. Sodann öffnete sie sich mit einem Rasiermesser beide Pulsadern. Sie wurde verbunden und ins Krankenhaus geschafft. Die beiden Kinder sind als Leichen geborgen worden. Der Beweggrund der unglücklichen Frau zu der Tat ist noch nicht bekannt.

## Zwei billige August-Sonnabende im Zoo.

Der heutige Sonnabend und der nächste, am 27. d. Mts., sind im Zoo billige Tage; von 2 Uhr nachmittags ab kostet der Eintritt für Erwachsene 50 Pf., für Kinder bis zu 10 Jahren 25 Pf. Dieselbe Ermäßigung gilt für das Aquarium. Beim Übergang zwischen beiden Instituten wird für Erwachsene nur der halbe Preis als Zuschlag erhoben. An beiden Sonnabenden nachmittags konzertiert der Philharmonische Blasorchester des Neuen Sinfonieorchesters unter Leitung von Hugo Eduard Niemann.

## 300.000-Mark-Gewinn nach Berlin und Rheinland

In der Preussisch-Süddeutschen Staatslotterie ist auf das Los Nummer 244.975 ein Gewinn von 300.000 Mark gefallen, das in der ersten Abteilung in 10 Anteile in Berlin und in der zweiten Abteilung ebenfalls in 10 Anteile in Rheinland geteilt wurde.

## Schiller am Ostbahnhof.

In der „Blaza“ am Ostbahnhof erklingt jetzt Schillers eberne Sprache, stirbt Luise für und mit ihrem Ferdinand den Liebestod. Daß die alten Klassiker routinierte Theaterpraktiker waren, beweist die zeitlose Wirkung ihrer Werke. Unter Max Reinhardts strenger Regie wurden die Klippen von Pathos und überflüssigen Sentiments geschickt vermieden. Die interessanteste Leistung des Abends war unbedingt die Lady Winford, der Maria Fein alles Schillernde der großen Liebesheldin verlieh; Maria Solovog gab der Luise das Rührende der Gestalt, die zu Paul Wagners etwas allzu forsch betontem Ferdinand ein wirksames Gegenstück bot. Das Elternpaar war bei Emilie und Friedrich Eitel in besten Händen, ebenso der grausame Präsidentenberater von Stahl-Nachbaur. Eine gute Studie bot Hubert von Meyerin als die männliche Hofpuppe Major von Kolb, der elende Sturm wurde von Vladimir Solosoff gut pointiert gespielt. Das zahlreiche Publikum war aufmerksam und beifallsfroh.

# Die Biberfarm an der Havel

## Der Theologe als Züchter und Kolonist

Da sich die Gemöhnung verschiedener Edelpelztierarten in unserer Zone als möglich erwiesen hat, entstanden im Laufe der Jahre im Reich, und auch knapp vor den Toren Berlins, eine Reihe von Pelztierfarmen, wo man — mit mehr oder weniger Erfolg — Silberfische, Nerze und Biberarten züchtet. Aus der anfänglichen Viehhäberei ist bald — der Not der Zeit gehorchend — der Wunsch der Existenzmöglichkeit in den Vordergrund getreten.

### Ein genügsames Tier.

Da hat sich unter anderen heimischen Edelpelztierzüchtern ein Student der Theologie in den Havelniederungen eine Nutria-Farm (südamerikanischer Sumpfbiber aus der Gegend des Amazonasstroms) angelegt. Zum Unterschied von Fuchs und Nerz, die starker Winterkälte bedürfen, gedeiht der Sumpfbiber in unserem Klima recht gut; er ist ungemein anspruchslos nicht nur in klimatischer, sondern auch in kulinarischer Beziehung. Genau wie das Kaninchen begnügt er sich mit Gemüseabfällen, Kartoffeln und Schilfgras und weiß die Lederbissen Gerste und Rüben sehr wohl zu schätzen. So ist die Ernährungsfrage auch keine allzu kostspielige. Die 40 Tiere, die der Mann besitzt, vertilgen wöchentlich 1 Zentner Kartoffeln, und das Futtermittel beträgt pro Tier im Jahr etwa 10 M. Zweimal wöchentlich gibt es Hartfutter — Gerste und Rüben —, an den übrigen Tagen wird der weichen Rohkost genudelt. So wie die Ernährungsfrage dem Farmbesitzer im allgemeinen nicht viel zu schaffen macht, so bereitet sie der Biber Mutter im besonderen ebenfalls keine Schwierigkeiten. Das Jungtier, bei seinem Eintritt ins Leben gleich mit Augen und Haarfeld ausgestattet, begibt sich erst mal ins Bad und nimmt dann sofort an der allgemeinen Mahlzeit teil. Durch verbesserte Nahrung will man das Wachstum der Tiere fördern, das Fell veredeln und dadurch den Pelzwert steigern.

### Graublau ist Trumpf.

Befragt ist ausschließlich graublauer Nutriafell. Tiere mit rötlichem Pelz sind wertlos; auch dürfen die Tiere nicht allzuviel Sonne bekommen, da sonst die Pelzfarbe zu fahl wird. Ein Paar schöner Kültiere kostet 350 M., Jungtiere 150 M. Die

harten Granhaare auf dem Rücken werden ausgezupft, das Fell am Rücken durch Längsschnitt aufgeschnitten, wertvoll ist nur das weiche Bauchfell, zum Unterschied von anderen Pelzarten, beispielsweise Fuchs, Hermelin usw., wo das Rückenhaar das schönere ist. Gezupft wird im Februar, da ist das Fell in der besten Verfassung. Die Muttertiere kriegen zweimal im Jahr Junge, meist 5 bis 7 Stück, das sind in zwei bis drei Jahren dann schon 30 bis 40 Stück, und da diese Farm zahlreiche Muttertiere besitzt, so wächst die Zahl der Tiere in dieser Zeit auf ein paar hundert. Schöne Felle bringen zwischen 20 und 30 M., die Hauptpflege befragt das Tier selbst, das den ganzen Tag ununterbrochen an seinem Haarfeld kramt und büchelt.

### Nutriabratene Delikatesse.

Während wir nur das Fell der Biberarten als wertvolles Objekt betrachten, wissen die Südamerikaner auch das Fleisch des Tieres sehr wohl zu schätzen, und ein Nutriabratene sieht dort ungefähr im Range unseres Rehbratens. Bei den Indianern zählt der Sumpfbiber zum Hauseigentum. In herzlicher Kameradschaft mit dem Hühnervolk sitzt der Biber in Ränndchenstellung, den langen, rattenartigen Schwanz kühn von sich geworfen, und pugt und pugt; plötzlich, marsch, marsch, geht es im Sturm mit Kopfsprung in die kühlen Fluten. Das Schwimmbassin ist untergittert, damit die Tiere nicht verloren gehen, für die jüngsten Schwimmer sind kleine Treppchen aufgestellt, über die sie sich ins Wasser plumpfen lassen. Die äußerst kräftigen Schneidezähne, womit sie in ihrer Heimat Schilfgras und kleine Bäume zum Wohnungsbau abfädeln, sind rot gefärbt, und es sieht aus, als hätten sie eine Mohrrübe zwischen den Zähnen; an den rückwärtigen Zehen haben sie kleine Schwimmschalen. Während Väter und Kinder sich lustig im Wasser oder auf dem Sande tummeln, sitzen die trächtigen Weibchen — sie tragen vier Monate — in ihrem Käfig und gucken aus großen Augen in die Welt. Die Tiere sind zahm und gutmütig, sie lassen sich von ihrem Rohbrater nach Belieben auf den Arm nehmen und sind nicht mal böse, wenn er sie bei der Mahlzeit stört.

Nutriafell wird seiner großen Haltbarkeit wegen viel gefragt, und der Züchter hofft, sich auf diese Weise eine Existenz gründen zu können.

ments geschickt vermieden. Die interessanteste Leistung des Abends war unbedingt die Lady Winford, der Maria Fein alles Schillernde der großen Liebesheldin verlieh; Maria Solovog gab der Luise das Rührende der Gestalt, die zu Paul Wagners etwas allzu forsch betontem Ferdinand ein wirksames Gegenstück bot. Das Elternpaar war bei Emilie und Friedrich Eitel in besten Händen, ebenso der grausame Präsidentenberater von Stahl-Nachbaur. Eine gute Studie bot Hubert von Meyerin als die männliche Hofpuppe Major von Kolb, der elende Sturm wurde von Vladimir Solosoff gut pointiert gespielt. Das zahlreiche Publikum war aufmerksam und beifallsfroh.

### Sammeltag der Arbeiter-Samariter.

Der Arbeiter-Samariter-Bund E. B., Kolonne Berlin, veranstaltet am Sonntag, dem 21. August 1932, eine Straßenversammlung in Groß-Berlin. Unsere Arbeiter-Samariter sind bei allen Veranstaltungen, in Freibädern usw., stets zur Hand, um da einzugreifen, wo die Notwendigkeit vorliegt. Gerade die letzten Sonnabende und Sonntage waren für

## Die Anti-Kriegskundgebung

der sozialistischen Jugendorganisationen findet wegen des Burgfriedens nicht, wie in der letzten Nummer „Unser Weg“ angekündigt, am 21. August statt, sondern erst am Sonnabend, dem 3. September, 19 Uhr, im Stadion des Volksparks Rehberge. — Alle Parteigenossen beteiligen sich geschlossen an dieser Veranstaltung. — Preis der Plakette 20 Pfennig.

die Arbeiter-Samariter Großkampagne. Viele in Gefahr Geratene sind durch sie vom Tode des Ertrinkens gerettet worden.

Da die Arbeiter-Samariter ihre Tätigkeit ehrenamtlich und fast unentgeltlich ausüben, wenden wir uns mit der Bitte an die werktätige Bevölkerung Berlins: Helft die Einrichtungen der Arbeiter-Samariter, Kolonne Berlin, erhalten und ausbauen. Spenden am Sonntag, dem 21. August 1932, ein Scherflein. Der so gewonnene Betrag fließt wieder der Allgemeinheit zu in Form von Anschaffungen von Material und Ausbauten der Rettungsstation.

Die Funk- und Phonochau im Hause Karstadt beginnt nicht am 19. August, sondern am 29. August.

Lumophon-Radio auf der Funkausstellung. Im Mittelpunkt des Interesses steht der Superhet. Einer der besten Vertreter dieser modernen Apparateklasse ist der kürzlich herausgekommene Sechs-Röhren-Empfänger, Lumophon 76. Absolute Einknopfbedienung ist erreicht. Markant tritt die optische Doppelfala mit zweifarbiger Beleuchtung und wanderndem Stationsfeld aus dem formidablen Gehäuse hervor. In 80 Stationen sind auf der Doppelfala waagrecht aufgetragen und dadurch gut lesbar. Zwei Zwischenfrequenzbandfilter ermöglichen eine Trennschärfe von 9 kHz, der alle Sender ohne Mühe trennt. Durch Verwendung neuer moderner Röhren und in Verbindung mit einem hervorragenden Lautsprecherchassis, D 29, das 3. B. in die Superhetkombination eingebaut ist, wird eine Tonqualität erreicht, die höchste Ansprüche befriedigt.

Das heutige Kinobesuch im Kunapark „De-la-mu“ (Reber kann müßigeren) beginnt um 19 Uhr mit einer Frei-Konzertstunde, in der den kleinen Gästen die Attraktionen des Parks unentgeltlich zur Verfügung stehen. Im Garten konzertiert am Nachmittag Rud. Gursch mit seiner Schülertorpele, am Abend Bruno Quander mit dem großen Kunapark-Blasorchester.

**Theater, Lichtspiele usw.**

**Städt. Oper**  
Charlottenburg  
Bismarckstraße 34  
Sonnabend, 20. August  
Turnus IV  
**Rigoletto**  
Berger, Zador,  
Cavara, Destal,  
Baumann  
Anfang 20 Uhr  
Ende nach 22,15 Uhr

**Winter Garten**  
8 Uhr 15. Flora 3434. Rauchen erl.  
Taps & Tempo, Remos Comp.  
4 Richys, Scattiel, M. & C. Mayo  
Levanda, Hunter & Bobette  
usw.  
Sonnabend u. Sonntag je 2 Vorstellungen  
4 u. 6,15 Uhr. 4 Uhr kleine Preise

**SCALA**  
Tägl. 6 u. 8,15 Uhr  
**LUCILLE PAGE**  
m. Dinosaurus usw.

**PLAZA**  
Bille Solina, Dir.  
Sa., So., 8,15, 10,15, 11,15 Uhr  
Rehabilitations- und  
Kabale u. Liebe

**Theater Westens**  
Premiere  
Heute 8 Uhr  
**Richard Tauber**  
in  
**Dreimäderhaus**

**Rose-Theater**  
Görlitz-Frankfurter Straße 132  
Tel. Waldow 1 347  
8,30 Uhr

**Herzdame**  
Gartenbühne  
5,30 Uhr  
Konzert u. Varietè  
Frühlingstanz

**WINTERGARTEN**  
KINDERFEST  
Je-ka-mu (Jeder kann musizieren)  
Jed. Kind erh. ein Instr. geschenkt.  
3-4 Uhr: Frei-Attraktions-Stunde  
Kinderkonzert im Freien  
3 Kapell. • 1 Schül.-Orchest.  
Musikal.-Clowns • Ballett  
Fackelzug • Feuerwerk  
Eintr. 10 Pfg. • Erwachs. 20 Pfg.  
Ehren- und Freikarten abhän.

**TAUCHWELLENBAD**

**SONNTAG 3 Uhr RENNEN**  
**GRUNEWALD**

OLEANDER-ALBA-Rennen

**Volkstag**

Verlosungs-Rennen  
24.000 M Preise

**EINTRITT: HALBE PREISE**

1. Platz . . 2,50	2. Platz . . 1,—
Damen . . 2,—	Terrasse . . 0,75
Sattelplatz 1,50	3. Platz . . 0,50

**6 1/2 Uhr CASINO-THEATER** 6 1/2 Uhr  
Lotharinger Straße 37.

Berlin wird wieder lachen!  
**Ab Freitag, den 26. August**  
**Annemarie**  
das kleine Tanzmädel  
Volksoperette. — Musik von Gilbert  
Vorher ein bunter Teil.  
Preis 0,50 M., 0,75 M. und 1,— M.  
Auch Sonntag abend.

**Parteigenossen** finden freudl. Aufnahme, sehr gute Küche (3 Mahlzeiten), Garten mit Liegewiese direkt am Hause, nahe Wald und Bahnstation, Schwimmbad vorhanden. Pension 3,— täglich. Albert Karges, Lufikusstr. Harrichhausen (Harr).

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin  
**Nachruf.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser  
**Fritz Buchholz**  
geboren 25. Februar 1862, am 14. August gestorben ist.  
Gehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.  
Die Ortsverwaltung.

**ESU Betten** Schichten-, u. Holz-, Kinder-, Polster-, Chaisen-, an jeden Teil Katalog frei. Eisenmöbelwerk Suhl (Thür).

Die große Funkillustrierte für das schaffende Volk

**VOLKSFUNK**

Reich illustrierter Textteil, mit großem Europoprogramm  
Erscheint wöchentlich, 48 Seiten stark, in Kupfertiefdruck

**VOLKSFUNK**

Einzelnummer 25 Pfennig — monatlich 96 Pfennig

**SENDER FÜR SENDER IM SIEMENS Empfänger**

Für jeden Wunsch und jeden Bedarf das richtige Gerät aus unserer neuen Reihe:

- Siemens 23, der kleine leistungsstarke Fernempfänger.
- Siemens 46, der Europaeempfänger mit Exponentialröhren.
- Siemens 55, der Superhet-Empfänger mit selbsttätigem Fading- und Lautstärkeausgleich.

Alle Typen für Gleich- und für Wechselstrom. Siemens 23 und 46 ohne und mit eingebautem Lautsprecher. Siemens 55 mit eingebautem Lautsprecher. Einzel-lautsprecher neuester Konstruktion.

Vorführung in Fachgeschäften.

Bezugsquellenangabe und Drucksachen durch  
**SIEMENS & HALSKE AG**  
Wernerwerk, Berlin-Siemensstadt

**SIEMENS**







# Die Krise packt auch den Funk.

## Einige Bemerkungen zur Funkausstellung.

Am Freitag ist die neunte Funkausstellung eröffnet worden. Das brennende Interesse aller Volksschichten an den Wundern des Radios garantiert den Erfolg dieser Ausstellung, und sicher wird man die Zahl der Besucher nur nach Hunderttausenden zählen. Und doch kann kein Zweifel sein — der Zeitpunkt dieser Ausstellung ist ein Wendepunkt in der Geschichte des Radios, die bisher eine einzige glänzende Periode des Aufstiegs war. Denn sozial Interessantes die Ausstellung auch bieten mag, eine Sensation ist nicht dabei — weder ein überraschend neuer Apparat, noch ein überraschend niedriger Preis. Die Funkindustrie ist in die Periode des Berseinerens, des Durcharbeitens, des Nachstarkulierens gekommen. Es handelt sich nicht mehr um die stürmische Entwicklung der gesamten Funkindustrie; jetzt geht es um den Anteil des einzelnen Produzenten am Gesamtmarkt.

Die Funkindustrie hat in den vergangenen Jahren das jüngste Musterbeispiel für das Wirken des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Immer ist von einer umwälzenden Erfindung ein Knistloch ausgegangen, der zur

### Entwicklung eines neuen Wirtschaftszweiges

führte, zu neuen Investitionen, zu neuen Arbeitsmöglichkeiten. Freilich, so umwälzend war diese Erfindung auf dem Gebiete des Nachrichtenwesens und der Übermittlung von Unterhaltung und Wissen nicht, daß von ihr eine besondere Belebung der Gesamtwirtschaft ausgegangen wäre, wie etwa von der Erfindung der Dampfmaschine, der Eisenbahn, der Elektrizität (wirtschaftlich gesehen, handelt es sich um prinzipiell ähnliche Fälle!). Aber der charakteristische Weg von der technischen Erfindung, die zunächst ein Luxusprodukt schafft, das sich nur wenige leisten können, zur Befriedigung des allgemeinen Bedürfnisses nach diesem Gut und schließlich zur Befriedigung dieses allgemeinen Bedürfnisses durch Massenfabrikation und ganz wesentliche Verbilligung, das war beim Radio nicht anders als beim Motorrad oder bei der Glühbirne.

Diese Periode der raschen Verbesserung und Verbilligung in der Herstellung der Radioapparate begann in Deutschland bald nach der Inflation. Daß diese Periode im wesentlichen abgeschlossen ist, dafür ist der beste Beweis, daß die letzte bedeutende Preiserhöhung für Rundfunkgerät durch die Dezember-Rotverordnung erzwungen wurde. Aber bis zum Herbst vorigen Jahres befand sich die Radioindustrie in dauernem Aufstiege, ganz unabhängig vom Wechsel der Konjunkturlage in der Gesamtwirtschaft. Je mehr der Nachrichtendienst im Radio verbessert wurde, je mehr sich die Regierungen dieses Mittels bedienten, desto dringender wurde der Bedarf. Und so hat sich die Zahl der deutschen Rundfunkhörer

von 550 000 im Jahre 1925 auf 4 168 000 zu Anfang dieses Jahres erhöht. Aber bis Ende Juni ist die Zahl auf 4 119 000, zum ersten Male seit Bestehen des Radios, zurückgegangen. Ist der Höhepunkt jetzt überschritten? Der Absatz der Radioindustrie hatte sich jedenfalls im vergangenen Winter ziemlich stark verschlechtert. Jetzt also bekommt auch die Radioindustrie, nach jahrelanger Sonderkonjunktur, die Folgen der lähmenden Massenarbeitslosigkeit zu spüren.

Freilich ist die Verbreitung des Radios in Deutschland, besonders auf dem flachen Lande, noch längst nicht so groß wie in anderen Ländern. Der „Rundfunkdichte“ nach steht Deutschland an neunter Stelle unter allen Ländern; von 1000 Einwohnern hören 64 Radio. Wie wichtig aber gerade die Verbreitung auf dem flachen Lande ist, das geht daraus hervor, daß Dänemark mit 145 Radiohörern auf 1000 Einwohner an erster Stelle steht; die Vereinigten Staaten (129 auf 1000) und Großbritannien (94 auf 1000) folgen an zweiter und dritter Stelle.

Ueber den Umfang der deutschen Funkgeräteproduktion liegen leider keine zuverlässigen Zahlen vor. Aber aus den Ausfuhrziffern — die Ausfuhr soll 1931 zwischen 30 und 50 Proz. der Gesamtproduktion ausgemacht haben — erhält man ein zuverlässiges Bild von der Bedeutung der Gesamtindustrie. Die deutsche

### Ausfuhr von Funkgerät

ist von 1926 bis 1931 von 36 auf 78 Millionen Mark gestiegen. Im Jahre 1931 war Deutschland mit 26 Proz. an der Weltausfuhr beteiligt. Aber im ersten Halbjahr 1932 hat sich die allgemeine internationale Abspernung sehr unangenehm bemerkbar gemacht — die Ausfuhr an Funkgerät ging gegenüber dem ersten Halbjahr 1931 mengenmäßig um 48 Proz., wertmäßig um 51 Proz. zurück. Der Kampf um den Weltmarkt ist also schärfstens entbrannt. Auch die Vereinigten Staaten berichten von einem Exportrückgang um 35 Proz.

So scheint also die Sonderkonjunktur der deutschen Funkindustrie, die ihren Grund in der (strukturellen) Entwicklung des Radiowesens hatte, endgültig zu Ende zu sein. Einfacher Inlandsabsatz und scharf rückläufiger Export — das sind keine angenehmen Perspektiven. Wir erwarten von der Funkindustrie sozial Einsicht, daß sie erkennt, daß der Inlandsabsatz — auf den sie stärker als früher angewiesen sein wird — nur durch möglichst starke Preisentwertung zu verbessern sein wird. Der Versuch, den durch Patentrechte gegen die ausländische Konkurrenz geschützten Inlandsmarkt monopolistisch auszubeuten, mühte für Produktionsumfang und Beschäftigungsgrad der Funkindustrie katastrophale Folgen haben.

# Auf Nazispuren.

## Leichtfertige Finanzierungsvorschläge.

Der Verband der Preussischen Landgemeinden hat ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt, dessen Verwirklichung mit nationalsozialistischen Gedankengängen unerkennbar ist. Wir haben bisher nur referierend darüber berichtet.

Man muß Verständnis dafür haben, daß die meisten Landgemeinden von den Arbeitslosenlasten besonders schwer getroffen werden, man muß auch mit Genugtuung anerkennen, daß die Landgemeinden ihren Einfluß in der Richtung einer umfassenden Arbeitsbeschaffungsaktion zur Geltung bringen wollen. Aber was nützen die schönsten Pläne und die anerkanntwertesten Grundzüge über die Arbeitsbeschaffung, wenn man im Kernpunkt der ganzen Arbeitsbeschaffungsfrage, dem Finanzierungsproblem, eine Auffassung vertritt, die von den nationalsozialistischen Inflationsplänen nicht mehr zu unterscheiden ist.

Das Programm des Landgemeinerverbandes verlangt nämlich nicht bloß die Hergabe zinsloser Kredite an die öffentlichen Körperschaften für Arbeitsbeschaffungszwecke, sondern zur Beschaffung dieser Kredite eine Kreditausweitung, die durch nichts anderes begrenzt werden soll als durch die Zahl der vorhandenen Arbeitskräfte. Und in dieser Begrenzung — die praktisch überhaupt keine Begrenzung ist — sieht das Programm einen genügenden Schutz gegen die Inflation. Und auch darin folgt das Programm dem Nazidilettantismus, daß es die neueste Wendung des Feder-Gelds zur „bargeldlosen Krediterschöpfung“ mitmacht. Es übernimmt also die kindliche Nazioorstellung, daß die Inflation dadurch vermieden werden kann, daß man das neue Geld als „Giralgeld“ ausgibt (was ja praktisch immer nur für einen Bruchteil des auf diese Weise geschaffenen Geldes möglich ist). Als ob es auf den Wert des Geldes irgendeinen Einfluß hätte, in welcher Form das Geld ausgegeben wird.

# Konsumvereine im zweiten Vierteljahr.

## Die bewährte Treue der Mitglieder erhöht den Umsatz.

Im Zentralverband Deutscher Konsumvereine wurden am Ende des zweiten Vierteljahres 2 783 763 Mitglieder gezählt gegen 2 895 431 am Ende des ersten Quartals und 2 930 193 am Ende des zweiten Quartals des Vorjahres. Der Umsatz ist im zweiten gegenüber dem ersten Vierteljahr 1932 stabil geblieben. Er betrug 194,8 gegenüber 194,6 Millionen Mark im ersten Quartal. Gegenüber dem zweiten Quartal 1931 mit 261,6 Millionen Mark bleibt der Rückgang freilich sehr beträchtlich. Je Mitglied wurden im zweiten Quartal 69,97 Mark umgesetzt gegen 67,21 Mark im ersten und noch 89,28 Mark im zweiten Quartal des Vorjahres. Angesichts des Rückganges der Mitgliederzahl und der noch weiter gesunkenen Preise bedeutet die Erhöhung des Pro-Mitglied-Umsatzes im zweiten gegenüber dem ersten Quartal 1932, daß sich die Treue der Mitglieder gegenüber ihrer Organisation in bemerkenswerter Weise verstärkt hat. Das ist bedeutsam gegenüber der Tatsache, daß die Sparlagen im zweiten gegenüber dem ersten Quartal sich weiter von 298,9 auf 276,4 Millionen Mark verringert haben. Diese Verringerung ist nur daraus zu erklären, daß wirkliche Armut und echter wirtschaftlicher Geldbedarf, nicht aber eine eigentliche Beunruhigung über die Sicherheit der Gelder die Anleger zu Rückforderungen veranlaßt hat.

# Gebesserte Lage der Flachspinner.

## Aber auch hier der Schrei nach höheren Zöllen.

Die Leinengarnvertriebs-G. m. b. H., das Verkaufskontor des Deutschen Flachspinnereifondats, teilt in ihrem Jahresbericht mit, daß der Leinengarnabsatz im Jahre 1931 mengenmäßig keinen Rückgang gegenüber dem Vorjahre erlitten habe. Infolge der Preisentwertung sei aber der Wert des Ablasses um etwa 25 Proz. gesunken. Daß dieses Ergebnis als verhältnismäßig günstig anzusehen ist, gibt das Sanitätat selbst zu, wenn es sagt, daß die angeschlossenen Unternehmungen sich vor den Verlusten, wie sie in den drei Vorjahren aufgetreten seien, schützen konnten; eine Rentabilität sei allerdings nicht erreicht worden.

Diese Besserung im Krisenjahr 1931 gegenüber den Vorjahren sei darauf zurückzuführen, daß die Einfuhr ausländischer Garne im Jahre 1931 um 20 Proz. gesunken sei. Auch in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres sei die Lage der Flachspinnereien günstiger als die allgemeine Wirtschaftslage gewesen. Im zweiten Vierteljahr sei aber eine Verschlechterung eingetreten, so daß die Zahl der arbeitenden Spindeln eingeschränkt und ein Teil der Produktion auf Lager genommen werden mußte. Schuld daran sei, daß im ersten Drittel dieses Jahres die gleiche Menge Leinengarn wie zur gleichen Zeit des Vorjahres eingeführt worden sei. Daran werden Forderungen nach einer Erhöhung der Zölle geknüpft.

Uns scheinen diese Forderungen keineswegs berechtigt. Wenn in der angegebenen Zeit die gleiche Menge Leinengarn wie im Jahre 1931 eingeführt wurde, dann war sie also um 20 Proz. geringer als im Jahre 1930. Ferner steht noch nicht fest, ob es sich bei dieser — angeblich zu starken — Einfuhr nicht um eine Saisonerscheinung handelt. Im Juni dieses Jahres sind jedenfalls nur noch 8200 Doppelseptener Garn eingeführt worden, während es im Juni vorigen Jahres 14 200 Doppelseptener waren. Das bedeutet einen abermaligen Rückgang um mehr als 40 Proz. Was sollen da noch Zölle?

# Deutscher Genossenschaftstag.

Vom 21. bis 24. August wird in Dortmund der 68. Deutsche Genossenschaftstag veranstaltet. Veranstalter ist der Deutsche Genossenschaftsverband, in dem die privaten Bau-, Waren- und Kreditgenossenschaften organisatorisch vereinigt sind. Neben den Rednern für geschäftliche und Fachreferate sollen auch der Reichswirtschaftsminister Warmbold, der kommissarische preussische Sachwalter des Handelsministeriums, Ministerialdirektor Ernst und Reichsbankpräsident Luther das Wort ergreifen.

Die Beschäftigung der deutschen Schwerindustrie hat sich im Monat Juli gegenüber Juni wieder nicht unerheblich verringert, nachdem die Sonderaufträge für Sowjetrußland abgearbeitet sind. In den deutschen Stahlwerken wurden 426 600 Tonnen Rohstahl erzeugt gegenüber 505 500 Tonnen im Juni. Die arbeitstägliche Erzeugung hat sich von 19 444 auf 16 455 Tonnen verringert. In den deutschen Walzwerken wurden im Juli nur 308 105 Tonnen Walzwerkprodukte erzeugt gegen 384 183 Tonnen im Juni. Die arbeitstägliche Erzeugung sank von 14 776 auf 11 850 Tonnen.

# Die Junferseele der Nazis.

## Für Erhaltung des Großgrundbesitzes und Steigerung der Verelendung.

Die wirtschaftlichen Ziele der Nazis, in ihren oft revidierten Programmen völlig unklar und verschwommen formuliert, sind auch in den letzten Wählreden der prominenten Pgs. nicht klarer erkennbar geworden. Lügenhafte Demagogie beherrscht hier alles. Je nach dem Zuhörerkreis versprochen sie den Bauern höhere Preise, den Arbeitern billigere Lebensmittel und jedem anderen das, was er am liebsten hören wollte. Mit diesem schönen Zustand des Drumherumredens ist es jetzt vorbei, nachdem bewährte Pgs. an die Spitze von Länderregierungen und berufsständischen Körperschaften gestellt sind. So auch auf dem Gebiet der Agrarpolitik.

Mit stolzen Tönen wurde zuerst die Enteignung des Großgrundbesitzes und Siedlung im weitesten Ausmaß gefordert, dann, als die großagrarischen Geldgeber diese Sprache verboten, erklärte man, von den Enteignungen sollten nur die jüdischen Großgrundbesitzer — die man an den fünf Fingern abzählen kann — betroffen werden. Jetzt hat der neugewählte Präsident der Landwirtschaftskammer Ostpreußens,

### der nationalsozialistische „Arbeiter“ Freiherr v. Buttlar, einen offenen Brief an den Reichsernährungsminister geschickt.

aus dem klipp und klar hervorgeht, daß die agrarpolitischen Forderungen der Nazis sich in nichts von denen des großagrarischen Reichslandbundes unterscheiden. Denn ebenso wie die Großagrarier fordern sie Preissteigerung für landwirtschaftliche Erzeugnisse, Einfuhrverbot für Nahrungsmittel, Zinsentzug und Entschuldung für den Großgrundbesitz.

Von der Aufteilung des Großgrundbesitzes ist keine Rede mehr. Im Gegenteil, die für die Siedlung zur Verfügung stehenden 100 Millionen will der Nazi-Präsident dazu benutzen, große Mengen Getreide zu magazinierten, und zwar sollen die 100 Millionen nicht etwa als Kredite gegeben werden, sondern als verlorene Zuschüsse! Mit der Marktstützung sollen die Getreidepreise so gestaltet, d. h. erhöht werden, daß sie sich auf eine Bodenrente darstellen. Werden die Getreidepreise erhöht, so werden auch nach der Meinung dieses hervorragenden Volkswirtschaftlers die Preise für Veredelungsprodukte gehoben werden. Außerdem sei auch die rückwärtslose Sperrung der Grenzen eine Vorbedingung für eine Besserung der Lage der Landwirtschaft.

Rehr agrarpolitischen Unfug ist wohl von dem Präsidenten einer Landwirtschaftskammer noch selten geschmäht worden, — und man ist da einiges gewöhnt. Er hat keine Ahnung davon, daß die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse fast ausschließlich von der Kaufkraft der Verbraucher beeinflusst werden, und daß mit dem Rückgang der Verbraucherkraft seit 1929 auch das Einkommen der Landwirtschaft stark vermindert ist. Jede Verteuerung bedeutet, wenn nicht gleichzeitig eine Erhöhung der Kaufkraft durch Lohnsteigerung erfolgt, eine Einschränkung des Verbrauchs und damit eine Verminderung des Absatzes der Landwirtschaft, so daß ihre Einnahmen nicht steigen, sondern sinken. Durch Erhöhung der Getreidepreise die Preise für Fleisch und Butter heben zu wollen, ist einfach ein schlechter Witz. Wir empfehlen dem Herrn Präsidenten einmal, die Preisentwicklung für Getreide und Veredelungsprodukte zu vergleichen. Dann wird er sehen, daß die Getreidepreise gleich hoch geblieben oder etwas gestiegen sind, während die Fleisch- und

Butterpreise stark gefallen sind. Nach seiner Theorie mühten die Fleisch- und Butterpreise sich zumindest gehalten haben.

Auch eine weitere Einschränkung der Einfuhr, die, was der Herr Baron anscheinend nicht weiß, seit 1927 von 3,3 auf 1,2 Milliarden gesunken ist, schafft der Landwirtschaft keine Erleichterung, im Gegenteil, eine völlige Sperre der Einfuhr würde die bisher uns beliefernden Länder mit einer Sperre der Einfuhr für deutsche Industrierwaren beantworten. Hierdurch würde die Arbeitslosigkeit steigen und die Kaufkraft der Verbraucher sich katastrophal verringern, was wiederum eine Schrumpfung des Absatzes für deutsche landwirtschaftliche Erzeugnisse zur Folge hätte. Nur denjenigen Großagrarier, deren Einnahmen hauptsächlich aus dem Verkauf von Getreide stammen, wird also mit den Vorschlägen des Nazi-Präsidenten gebietet, niemals der gesamten deutschen Landwirtschaft.

### Noch viel durchsichtiger und schamloser

vertritt der Nazi-Präsident den Standpunkt des ostelbischen Junkers bei seinen Forderungen nach Aufrechterhaltung des Sicherungsverfahrens und umfassende Entschuldung des Großgrundbesitzes. Hierbei wendet sich der Herr Baron gegen die „im kommunistischen Geist arbeitenden Landstellen“, weil sie als Treuhänder den Pleitebetrieben etwas auf die Finger sehen. Um „ihre demoralisierende Wirkung für die Selbstverantwortlichkeit“ der Großgrundbesitzer zu beseitigen, soll die Kontrolle der Betriebe sofort aufgehoben werden. Der Hinweis auf die Selbstverantwortlichkeit der Großagrarier ist von einer geradezu nicht mehr zu überbietenden Demagogie.

Jedes Kind weiß, daß die ostelbischen Junker seit Jahrzehnten zwar das Wort Selbsthilfe stets im Munde führen, in der Praxis aber immer Subventionen gefordert und leider auch erhalten haben. Diese durch Staatshilfe überhaupt nur am Leben erhaltene Kaste hat von Selbstverantwortlichkeit keinen bloßen Schimmer. Natürlich soll der Sicherungsschutz für die landwirtschaftlichen Betriebe weiterlaufen, und zwar bis die „Grundlagen zu einer freien Wirtschaftsentwicklung gegeben sind. Hierunter versteht der Nazi-Präsident eine umfassende Entschuldung der Grundbesitzer zu Lasten der Gläubiger, d. h. des übrigen Volkes, natürlich ohne irgendwelche Gegenleistung.

Der Herr Nazi-Präsident hat, weil er von Verwaltungsrechtlichen Dingen nichts versteht, zum Vizepräsidenten der Kammer seinen Freund, einen Assessor wählen lassen, der natürlich ebenfalls der NSDAP. angehört. Durch seinen Brief an den Reichsernährungsminister hat er bewiesen, daß er auch von den einfachsten volkswirtschaftlichen Dingen nicht die geringste Ahnung hat. Warum ist er nun eigentlich Präsident der Landwirtschaftskammer geworden? Die Antwort ist einfach zu beantworten: er besitzt seit langem das Nazi-Mitgliedsbuch und ist eines der vornehmsten Mitglieder dieser „Arbeiter“-Partei. Klar geht aus seinem Brief an den Reichsernährungsminister aber hervor, daß die Nazis völlig vom Großgrundbesitz gekauft sind und gegen Bauern und Verbraucher dessen Interessen vertreten.

Der Zementabsatz im Juli. Im Juli 1932 wurden 330 000 Tonnen Zement abgesetzt, gegen 323 000 Tonnen im Juni. Im Juni vorigen Jahres betrug der Zementabsatz 452 000 Tonnen, so daß ein Rückgang von rund 27 Proz. festgestellt ist.



# Einstein hat recht!

Wie man in Jena die Relativitätstheorie widerlegen wollte / Gibt es einen Ätherwind? / Vierzig Jahre Gelehrtenkrieg / Ein Interferometer ist zu verkaufen.

Von Egon Larjen

... und das ist der Ätherwindapparat...

Der Forscher der Zeitwerke in Jena, wohl der größten optischen Fabrik der Welt, wird mit diesen Worten in den Keller des Fabrikkomplexes geführt. Ein paar Stufen führen hinunter in einen mittelgroßen Raum, der ausgefüllt und beherrscht wird von einem geheimnisvollen Ungetüm.

Wer zwei Stunden durch die Zeitfabrik gewandert ist, hat sich an Ueberraschungen gewöhnt. Er hat Planetarien gesehen, Spiegelteleskope für hinterindische Sternwarten, Messgeräte, mit denen der hunderttausendste Teil eines Millimeters bestimmt werden kann, Mikroskope von ungeheurer Vergrößerungsfähigkeit. Stets aber war, bei aller Raffinesse der Konstruktion, der praktische Zweck des Geräts deutlich und sofort erkennbar. Hier jedoch, vor dem „Ätherwindapparat“, stockt die bunteste Phantasie.

Ingenieur Köppen, der Erbauer des Apparates, erklärt sich außerstande, in einem Satz Sinn und Zweck der Konstruktion zu definieren. Es sind die bedeutendsten Probleme der modernen Physik — und, damit zusammenhängend, der Philosophie — deren Lösung hier experimentell versucht wurde. Es ging um Beweis oder Widerlegung der ungeheuersten geisteswissenschaftlichen Bewegung seit Kopernikus — um Einsteins Relativitätstheorie. Einen kleinen Ausschnitt aus diesem Wunderwerk menschlicher Denkfähigkeit muß man kennen lernen, ehe man begreifen kann, welcher Kampf um Keller der Zeitwerke entschieden werden sollte.

## Die Suche nach dem Äther.

Wir fahren im Eisenbahnzug. Der Zug bewegt sich mit 15 Meter Geschwindigkeit in der Sekunde vorwärts, folgen wir einmal von Westen nach Osten, also in der gleichen Richtung, wie sich die Erde um ihre Achse dreht. Diese Erdbewegung, die mit einer Geschwindigkeit von 464 Meter pro Sekunde (am Äquator) erfolgt, spüren wir nicht; wohl aber kann sie ein Beobachter, der vom Rand aus die Erde sieht, erkennen. Für ihn fährt unser Zug mit 15 und 464, also mit fast 480 Meter Geschwindigkeit um die Erdoberfläche. Denken wir uns einen Beobachter auf der Sonne, so werden beide Bewegungen verhältnismäßig unwesentlich für ihn erscheinen; was er hauptsächlich erkennt, ist die Bewegung der Erde um die Sonne mit 30 Kilometer Geschwindigkeit in der Sekunde. Denken wir uns nun noch einen Beobachter auf einem Stern, der nicht zu unserem Sonnensystem gehört, so wird er eine weitere Bewegung erkennen: die der Sonne samt Erde und anderen Planeten in Richtung des Sternes Vega mit 20 Kilometer in der Sekunde. Und endlich könnte ein noch viel weiter entfernter Beobachter feststellen, daß das ganze Heer von Sonnen, das wir Milchstraße nennen, samt unserem Sonnensystem mit 300 Kilometer Sekundengeschwindigkeit dem Stern Capella zueilt.

Welches ist nun die „wirkliche“ Bewegung, die wir in unserer Eisenbahn mitmachen? Ruhig nicht jeder Versuch, sie absolut zu bestimmen, scheitern — einfach daran, daß es keinen ruhenden Punkt im Weltraum gibt, von dem aus die Resultate aller dieser Bewegungen gezogen werden könnten? Für den irdischen Hausgebrauch mag die Feststellung, daß wir mit dieser oder jener Geschwindigkeit im Zug oder Auto fahren, genügen. Sie genügt aber keineswegs dem Naturwissenschaftler, der sich das Ziel gesetzt hat, die Gesetze des Kosmos zu ergründen.

Der Gedanke, daß nichts „absolut“ sei im Weltall, daß kein Punkt nach dem uns geläufigen Bezugssystem Länge, Breite, Tiefe zu bestimmen ist, muß den gefühlsmäßigen Widerstand des Menschen wachrufen. In den letzten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts kam hier eine wissenschaftliche Denkrichtung zu Hilfe, die von einer Reihe führender Physiker vertreten wurde.

Diese Physiker nahmen an, der „leere“ Weltraum, der über der Erdatmosphäre beginnt, sei gar nicht leer, sondern erfüllt von einem unendlich feinen, alle andere Materie durchdringenden Stoff, der auch innerhalb der Luftschicht der Erde vorhanden sei. Sie nannten ihn Äther. Zu der Annahme, daß es diesen unsichtbaren, unfühlbaren Stoff geben müsse, gelangte man, als man nach einer Erklärung für die Ausbreitung des Lichtes suchte. Was wir Licht nennen, ist nur ein kleiner Ausschnitt aus dem großen Bereich aller Wellen, eingebettet zwischen Ultrarotstrahlen und Radiowellen auf der einen Seite, Ultravioletstrahlen, Röntgen- und Gammastrahlen auf der anderen Seite des Spektrums. Alle diese Strahlungen, die sich wie Wasserwellen im Raum fortpflanzen, müssen doch — so schloß die „klassische Physik“ — einen stofflichen Träger haben. Wasserwellen pflanzen sich im Wasser fort, Schallwellen in der Luft — und die Licht- oder elektrischen Wellen eben... im Äther. Diese Theorie war so einfach und praktisch zur Erklärung des Welleneffekts, daß um die Jahrhundertwende kaum einer der großen Physiker ihr widersprach. Nur fehlte noch der eindeutige Beweis für die Existenz des Äthers und damit der naturwissenschaftlichen Grundidee, daß im Kosmos keineswegs alles relativ sei, sondern daß jede Bewegung, jeder Zeitpunkt sich vom „ruhenden Äther“ aus absolut bestimmen lasse.

## Michelsons Apparat.

Vor vierzig Jahren unternahm der amerikanische Physiker Michelson seinen berühmten Versuch, die Existenz des Äthers zu beweisen. Gob es diesen feinen Stoff, in dem die Gestirne wie Inseln schwimmen, so mußten die ihn durchdringenden Sonnen und Planeten — wie ein Auto im Aufsteiner — einen „Wind“ erzeugen, und dieser Wind mußte auf irgendeine Art meßbar sein. Da nun aber der Äther als Träger der Lichtstrahlen mehr oder weniger „schwanken“ lassen, wie eine Flutströmung die Wasserwellen beeinflusst, Michelsons Apparat bestand aus zwei waagrecht liegenden Retortenarmen, die im rechten Winkel zueinander angebracht sind; am Scheitel des Winkels befindet sich eine Lichtquelle, an den beiden Armen des Spiegels, der die Strahlen wieder zu ihrem Ausgangspunkt zurückwirft. Michelson legte sich, der Apparat nimmt samt der Erde an ihrer Bewegung durch den Äther teil. In einer der beiden Armrichtungen muß also ein „Ätherwindeffekt“ auftreten, das heißt, die durch den Spiegel zurückkommenden Strahlen müssen in der einen Richtung verzögert werden und später wieder im Winkel Scheitel eintreffen als aus der anderen Richtung, und die allerfeinsten optischen Hilfsmittel erlaubten es Michelson, diese winzige zu erwartende Verzögerung festzustellen. Man kann nämlich das verspätete Eintreffen des einen Strahls durch die sogenannte Interferenz nachweisen: durch das Auftreten von Schattenstreifen, wenn Berg und Tal zweier Wellenzüge aufeinander treffen. Newton hat dieses Phänomen entdeckt.

Michelson wurde enttäuscht. Wie er auch seinen Apparat zur Erdrichtung drehte, wie er auch prüfte und beobachtete — die Inter-

ferenz trat nicht auf. Die Lichtstrahlen trafen von beiden Seiten pünktlich ein, von keinem „Ätherwind“ verzögert.

## Einsteins Behauptung.

Als Einstein vor fast dreißig Jahren seine ersten Arbeiten veröffentlichte, behauptete er: wenn Michelson keinen Äther nachweisen konnte, so gibt es auch keinen! Und damit war eine der Grundthesen der Relativitätstheorie festgelegt: Die Lage jedes Punktes im Raum, die Geschwindigkeit jeder Bewegung ist relativ, von keinem ruhenden Bezugssystem im Weltall aus bestimmbar.

Es läßt sich denken, welche Revolution schon diese eine Behauptung Einsteins — ein nur kleiner Ausschnitt aus dem Gebäude seiner Theorie — in der Welt der „klassischen“ Physiker erregte. Immer wieder, bis in die jüngste Zeit, hat man versucht, sie experimentell zu widerlegen und damit das ganze Gebäude der Relativitätstheorie zu unterminieren. Ungeheures Aufsehen erregte daher 1925 die Behauptung eines anderen amerikanischen Physikers Miller, er habe bei einer Neuauflage des Michelson-Versuchs sowohl zu ebener Erde wie auf einem Berg in Kalifornien einen Ätherwind von etwa zehn Meter Geschwindigkeit in der Sekunde festgestellt! Professor Loos in Jena machte daher den Vorschlag, den Michelson-Versuch einmal zur Nachprüfung der Miller'schen Behauptungen mit allen Raffinesse der modernsten optischen Präzisionstechnik zu wiederholen. Die Zeitwerke stellten ihre Kräfte gern zur Verfügung.

## Der Ätherwindapparat tritt in Aktion.

Unter Leitung von Ingenieur Köppen wurde der Ätherwindapparat konstruiert: ein riesiges waagrecht Kreuz von meterdicken Röhren, durch einen Elektromotor in alle Himmelsrichtungen drehbar. Ueber der Mitte des Apparates befindet sich eine Quarzpunktlampe, die ihren Lichtstrahl durch ein kompliziertes System von Spiegeln auf einem Weg von 21 Meter Länge durch die Röhren hin- und herendet, bis er am Sockel des Apparates im Objektiv einer Photokamera landet. Somit war jeder Beobachtungsefehler des menschlichen Auges ausgeschaltet und die nicht zu betragende Winde durfte als einwandfreies Dokument gelten. Die Plattenkassette wurde automatisch während des Drehens des Apparates verfahren, so daß die eintreffenden Lichtpunkte auf der Platte

# 53 Minuten Verspätung

Die Geschichte eines Attentats / Von Peter Benl

Im Dienstzimmer des Blodpostens 433 schrillte das Telefon. Antoine Renard griff nach dem Hörer. Eine schwache Stimme meldete sich.

„Epprech 109, dreihundfünfzig Minuten Verspätung. Begehen Sie die Strecke knapp vor Passieren des Zuges!“

„Wer spricht?“ brüllte der Streckenwärter in den Apparat. „Lauter — ich verstehe Sie nicht. Fahrdienstleitung in Sozial — sagen Sie?“

Ein Krachen und Knistern wie das von elektrischen Entladungen machte jede Verständigung unmöglich. Renard schrie sich heiser, aber ohne Erfolg. Verzweifelt legte er den Hörer auf. Er sah nach der Uhr und stellte fest, daß der Epprech 109 Marseille—Nîmion—Valence—Lyon fahrplanmäßig in genau einer halben Stunde fällig war. Hatte er 33 Minuten Verspätung, so passierte er den Blodposten 433 nicht vor 22 Uhr 12 Minuten.

Antoine Renard schüttelte den Kopf. So arg war das Schneegestöber nun gerade nicht, daß eine solche Verspätung nötig gewesen wäre. Oder sollte etwas Besonderes —? Der Streckenwärter mußte Gewißheit haben. In gleichen Abständen rief er Sozial — sechsmal hintereinander gab er das Signal — die Station meldete sich nicht. „Der Sturm hat die Drahtseile zerrissen“, murmelte Renard verdrießlich. „Ich werde in Nîmion anfragen.“

Eine ärgerliche Stimme fuhr zwischen seine Bemühungen, die Station zu erreichen. Was er denn wolle — die Verspätung des Epprech 109? Dreihundfünfzig Minuten — ja, stimmt. Kann noch mehr werden.

Nichts weiter als das! Wieder das Knistern in der Leitung — nicht einmal rückfragen konnte Renard, welche Station die Verspätung bestätigte hatte.

Antoine Renard nahm die Lektüre der „Gazette du Lyon“, in der ihn der Anruf aus Sozial gestört hatte, wieder auf. Aber er war kaum imstande, zwei Sätze zu Ende zu lesen. So unverständlich ihm die innere Unruhe war, es trieb ihn ein unwillkürlicher Zwang hinaus auf die Strecke.

Keuchend kämpfte er sich durch den hohen Schnee, bis er das Licht des Signalmastes durch das dicke Flockenwirbeln schimmern sah.

„Sonderbar“, wunderte sich der Streckenwärter. „Vor einer Stunde ist der Zug nicht zu erwarten und trotzdem zeigt der Blod 'Freie Fahrt'.“

Er prüfte die Zugdrähte des Signals, klopfte den Schnee von den Rollen, horchte eine Weile in das ab- und aufsteigende Heulen des Sturmes hinaus. Dann schritt er die Strecke nordwärts bis zu der Betonbrücke ab, die über den Werkkanal der nahen Papierfabrik führte. Der Schnee hatte das Gelände fast zugewehet. Renard mußte jeden Schritt mit aller Vorsicht tun, der Kanal lag 15 Meter tiefer, ein Sturz auf die Eisdecke konnte das Genick brechen.

Quer über dem Bahndamm führten Fußspuren, knapp daneben andere, nahezu verweht von dem unaufhörlich fallenden Schnee.

„Widdiebel!“ vermutete der Streckenwärter und wandte sich zur Umkehr. Der Sturm kniff einem ostentisch in die Ohren. Es war finstern, da draußen halb zu erstarren, wo der Epprech noch gute sechzig Kilometer südwärts durch den Schneesturm stampfte.

Antoine Renard sah alle fünf Minuten nach der Uhr. „In einer Viertelstunde wäre er fällig“, murmelte er, „aber Sozial meldete 53 Minuten Verspätung, gibt eine Stunde und acht Minuten — früher ist mit der Durchfahrt nicht zu rechnen.“

Renard horchte der Streckenwärter nach dem Telefon. Nicht das geringste Geräusch — nicht ein einziges Klingelsignal.

Jetzt waren es 12 Minuten. Konnte mit rechtzeitiger Ankunft des Zuges gerechnet werden, mußte Renard jetzt noch einmal die Strecke nachsehen —

als Streifen erschienen. Zeigte sich auch nur die geringste Abwärtswendung dieser Lichtstrahlen von der Geraden, so hatte Miller recht und Einstein unrecht: es gab einen Äther, und es gab einen Ätherwind, der die Lichtstrahlen abzubiegen vermochte!

Mit allen erdenklichen Vorsichtsmaßnahmen ging man zu Werke. Zwei Jahre erforderte die Ausbalancierung des Gerätes, um höchste Präzision zu gewährleisten. Dann begann man mit den Versuchen. Man wählte die Zeit ab Samstag mittag, wenn durch die im Fabrikgebäude arbeitenden Maschinen keine Erschütterung zu befürchten war. Man verfolgte die Schallweite vor dem Eingang des Raumes, so daß niemand während der Versuche anwesend zu sein brauchte — man mußte damit die minimalen Temperaturerhöhungen der Luft, die ein menschlicher Körper verursacht, ausschalten. Eine Kaskade von elektrischen Knöpfen gestattete die Verchiebung der im Innern des Apparates angebrachten Spiegel, die nicht auf Metall, sondern auf langen Quarzplatten montiert waren, um Wärmeausdehnungen des Lichtweges zu vermeiden. Eine halbe Stunde lang wurde der Apparat in Drehung versetzt — immer in 10 Minuten eine volle Drehung —, um jede unprogrammierte Nebenbewegung auszubalancieren. Erst dann begann man mit der ersten Aufnahme.

Viele Hunderte von Platten wurden aufgenommen, ausgemessen, berechnet, registriert. Für den Valen sieht eine Aufnahme aus wie die andere. Aber auch die Resultate der Prüfung zeigten die Tatsache, daß kein einziger Strahl eine meßbare Verchiebung aufwies; die Genauigkeit des Instrumentes ließ die Messung eines eventuellen Ätherwinds bis auf anderthalb Meter Sekundengeschwindigkeit herunter zu, während Miller angeblich zehn Meter Geschwindigkeit beobachtet hatte. Gob es also trotzdem einen Ätherwind, so mußte er langsamer sein als anderthalb Meter in der Sekunde. Praktisch bedeutet dies aber die nahezu hundertprozentige Sicherheit, daß es keinen Ätherwind — und damit auch keinen Äther gibt! Einstein hat also recht behalten.

Das „Interferometer“, wie der Ätherwindapparat mit seinem wissenschaftlichen Namen heißt, steht ungenutzt, unbeachtet von den Physikern im Keller der Zeitwerke. Es hat seinen Zweck erfüllt. Es ist verfallend, aber seiner will es haben — weder Herr Miller noch irgendein anderer Gegner der Einsteinschen Theorie. Professor Loos hat einem Ruf an die Münchener Technische Hochschule stattgegeben; seine Beobachtungsergebnisse hat er der wissenschaftlichen Welt zur Diskussion unterbreitet. Es scheint immer stiller zu werden um das für und wider der Relativitätstheorie, der Kampf der Gelehrten, vierzig Jahre lang mit außerordentlichem Temperament geführt, fast allmählich ab. Vielleicht war die letzte Etappe im Streit um Einstein und zugleich der Beweis seines endgültigen Sieges das Interferometer im Keller zu Jena. Wer will es haben? Wer stellt es auf als sichtbares Zeichen für das endende „Mittelalter“, die beginnende „Nezeit“ in der Welt der Naturerkenntnis?

Renard schrad zusammen. Was hatte er nur mit den Fußspuren? Er zwang sein Gehirn, genau zu überlegen. Was kümmerten ihn Widdiebel? Er hatte die Strecke zu bewachen, vom Blodposten nordwärts bis zur Betonbrücke und nach Süden bis zum Signalmast.

„Der Teufel! Wozu eine Stunde vor Passieren des Zuges schon 'Freie Fahrt'?“ Der Streckenwärter sprang auf. Wenn sich der Fahrdienstleiter in Sozial in der Angabe der Verspätung geizt hätte — oder wenn er selbst falsch verstanden hätte!

Mit einem Schritt war Antoine bei der Tür.

„Acht Minuten“, leuchtete er, während er, so schnell es nur ging, nordwärts hastete. Renard stolperte, fiel, kämpfte sich über heimatliche Schneehügel, glitt aus, riß sich die Hände wund, sah nicht zwei Meter weit, so stoben ihm die Schneeflocken in die Augen.

Schwiegend erreichte er den Signalmast. Der Blod gab noch immer „Freie Fahrt“. In aller Hast zurück! Seine Lungen keuchten, das Herz hämmerte in krampfhaften Schlägen. Vorbei am Wächterhaus, nordwärts bis zur Betonbrücke! Dreihundert Meter noch — zweihundert! Antoine mußte genau, wo die Distanz keine standen — hundert Meter, er atmete auf. Raum daß die Beine nach vorwärts konnten. Bis zu den Hüften kam er in den Schnee. Endlich vierzig Meter — in der Halle kamen! Hatte er nicht eben eine Stimme gehört — ein Anruf! Von wem? Der Streckenwärter stürzte vorwärts — sein Atem pfliff — seine Augen suchten das Schneegestöber zu durchdringen...

„Halt! Nicht einen Schritt weiter!“ brüllte es ihm entgegen. Ein Schuß trachte, kaum zwanzig Meter links, unten an der Sohle des Damms der dunkle Umriß eine Gestalt, dicht neben der Brücke eine zweite.

„An aller Teufel Namen!“ schrie Renard. Zwei Köpfer gaben ihm Antwort. Ein dritter eröffnete das Feuer. Ein harter Schlag gegen die rechte Brust brachte ihn zum Sturz. Vor seinen Augen wirbelten schwarze Kreise inmitten der weißen Schneeflocken. Die Zähne aufeinandergebissen, trotz der Streckenwärter auf die rechte Seite des Damms. Ein Anschlag auf den Epprech, durchsuchte es sein Gehirn. Die Verspätung war eine Finte! Bei den Heiligen des Himmels, der Zug mußte aufgehalten werden.

„Die Signaldraht!“ stöhnte Renard. Seine Lungen versagten. Ein Bürger schnürte ihm die Kehle enger. Seine Rechte mühte den Schnee auf, mit der Linken suchte er nach der Drahtseile in seinen Taschen. Mit letzter Kraft schnitt er die Stränge durch, jetzt mußte das Signal in die Haltstellung fallen...

Ein geisterlicher Pfiff schnitt durch das Toben des Sturmes. Hart schlugen die Bremsen gegen die Räder. Epprech 109 hielt knapp vor Blodposten 433. Der Zugführer und zwei Schaffner machten sich auf die Suche. Fünfzehn Meter vor dem Werkkanal fanden sie Renard, die Hände in den Schnee verkrampft, flach auf dem Boden liegend. Sein Atem ging nur schwach, aus der rechten Brustseite flüster Blut.

Keine acht Schritte vor ihm war ein Draht an den Schienen befestigt, der zu einer Batterie unter dem mittleren Brückenpfeiler führte. Zwei Sprengladungen sollten in der Sekunde zur Explosion gebracht werden, in der der Epprech die Brücke passierte. Von den Attentätern fehlte jede Spur, sie hatten nichts zurückgelassen als ein Feldtelefon. An einem Telegraphenmast hatten eiserne Kletterhaken tiefe Schrammen in das Holz gerissen. Die Leitung zum Blodposten 433 war durchschnitten, die Drahtenden hingen zu Boden. Nicht zu verwundern, daß Antoine Renard weder Sozial noch Nîmion erreicht hatte. Ungeklärt hatten ihm die Banditen ihre Befehle erteilt und seine Anfragen abgelehrt.

Um dreihundfünfzig Minuten verspätet legte der Epprech 109 seine Fahrt nach Lyon fort. Dem schwerverletzten Streckenwärter rettete eine sofort durchgeführte Operation gerade noch das Leben.